Dienstag, 21. April 1931
Ausg. A. 13. Jahrgang. Nummer 76

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 45 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2.10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2.60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseratenannahme in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 460 39. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon 439 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13 Uhr. Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6, Telephon 23 84. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Fortschritt" AG., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon 464 55.

Der mittelschlesische Parteitag der SPD. für:

Kriegs- und Hungerpolitik

Stürmische Proteste auf dem Schweidnitzer Parteitag — Restlos für Severing-Wels-Diktatur

Am Sonntag tagte in Schweidnitz (im „schlesischen Potsdam", wie die SPD.-Presse schreibt) der Bezirksparteitag der SPD. Mittelschlesiens. Auf dem Parteitag kam es zu stürmischen Szenen, zu schweren Auseinandersetzungen und scharfen Zusammenstößen zwischen der Opposition und den Bonzen. Die SPD.-Presse ist bemüht, alle diese Zusammenstöße, den Sturm der Empörung, der dort offen zum Ausbruch kam, und zeitweise die Fortsetzung der Sitzung unmöglich machte, zu unterdrücken und versucht nach außenhin das Bild zu geben, als ob der Parteitag „einig und geschlossen" durchgeführt worden wäre. Aber die Arbeiter, ganz besonders auch die Breslauer Arbeiter, die als Gäste an diesem Parteitag teilgenommen hatten, wissen ein anderes Lied davon zu singen. Rücksichtslos wurde die Opposition auf dem zusammengeschobenen Parteitag abgewürgt, rücksichtslos wurde jede wirkliche Aussprache, die eine Kette von schweren Anklagen gegen den Parteivorstand und seine Politik geworden wäre, unterdrückt. Nur dem „linken" Ziegler erlaubte man, zu der „Abstimmung der Neun" Stellung zu nehmen, nachdem man sich vergewissert hatte, daß Ziegler doch wieder nur ein neues Manöver durchführen würde, um die entrüsteten, erzürnten Arbeiter bei der Stange zu halten. Die „Opposition" von Ziegler brauchte der Parteivorstand nicht zu fürchten, nachdem Ziegler schon vor dem Parteitag wiederholt in vertrautem Kreise und auch öffentlich in der SPD.-Presse seine treue Ergebenheit gegenüber der SPD.-Politik der „Einheit der Partei" beteuert hatte.

Über das stürmische Verlangen der Breslauer Arbeiter (denen ein raffiniertes System der Delegiertenwahl zum Parteitag die Möglichkeit nahm, in Schweidnitz ihre Anklagen gegen die Bonzen zu erheben), als Gäste an dem Parteitag teilzunehmen, konnte nicht ganz unterdrückt werden. So fuhren denn die Breslauer Arbeiter, die Mitglieder des SKB., auf Lastautos zum „schlesischen Potsdam", um sich die Komödie der „höchsten Parteiinstanz" anzusehen. Wie gerne sie vom Parteivorstand und von den Bonzen dort gesehen wurden, das geht aus dem Bericht der „Schlesischen Bergwacht" hervor. Dort heißt es:

„Diese Stimmung konnte auch nicht abgeschwächt werden durch die Breslauer Opposition, die eine immer zweifelhaftere Rolle spielt — was einmal deutlich ausgesprochen werden muß. Sie ist sich ihrer zahlenmäßigen Schwäche bewußt, und um nun ihren Sprechern den erwünschten Resonanzboden und den anderen Rednern den Resonanzboden in umgekehrter Form zu verschaffen, hatte die Breslauer Opposition den von ihr aufgezogenen Sozialistischen Kampfbund . . . bestehend aus zirka 80 Mann, zu den Sonntagsverhandlungen nach Schweidnitz kommandiert. Nicht die Mitglieder des SKB. sind verantwortlich zu machen dafür, daß sie auf vier Lastautos nach Schweidnitz gebracht wurden, zu Beifalls- und Mißfallenskundgebungen und um die Arbeiterparteivertreter zu stören, sondern die Führer dieser Bewegung, die sich in Breslau noch radikaler als die Kommunisten gebärden, wenn es gilt, gegen die eigene Partei oder deren Führer loszuziehen."

Wie stark die Opposition, d. h. die proletarischen Elemente auf dem Parteitag trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen protestiert haben, das zeigt auch die Tatsache, daß man einen Antrag einbrachte und annahm, daß in Zukunft für die Bezirksparteitage Gastkarten ausgegeben werden.

Dieser Antrag wurde ganz offen damit begründet, daß man nicht nur die Delegierten aus wählen muß, sondern sich auch von den Gästen, das heißt also, vor den proletarischen Elementen, schützen müsse. Flucht vor der Oeffentlichkeit, Geheimkabinettspolitik, zu der nur zugelassen wird, wer treu zu der Panzerkreuzer- und Parteipolitik steht. Das ist das Charakteristikum der SPD.-Politik, des Sozialfaschismus. Ausschaltung jeder innerparteilichen Demokratie — rücksichtslose Niederknüppelung jeder Opposition.

Die zusammengeschobene Zusammensetzung des Parteitages erlaubte es, daß dieser und andere Anträge eingebracht und angenommen werden konnten.

So nahm er eine Entschließung an, die den „Neun" stärkste Mißbilligung ausdrückt und vom Reichsparteitag erwartet, daß er Sicherungen schafft, durch die ein geschlossenes Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionen in Zukunft gewährleistet wird.

Der Parteitag nahm weiter eine Entschließung an, die nach der „Bergwacht" ein

„schöner Abschluß des Parteitages"

war, da sie

„zeigte, daß bei aller Meinungsverschiedenheit, die über diese oder jene Frage innerhalb der Parteimitgliedschaft vorhanden sein mag, Einigkeit und Geschlossenheit unsere Partei auszeichnen, wenn es gilt, den Kampf gegen den Faschismus und seine Begleiterscheinungen, Kampf für die Belange der Schaffenden und für die Republik zu führen."

Diese so großspurig begründete und einstimmig angenommene Resolution richtet sich gegen den geplanten Stahlhelmaufmarsch. Aber wer nun erwartet, daß die Resolution einen scharfen Kampf gegen den Faschismus fordert und Kampfmaßnahmen bestimmt, der ist in einem bedauerlichen Irrtum.

Diese Resolution appelliert an die Reichs- und Staatsregierung und erwartet von ihr „eine gründliche Prüfung dieser Sachlage und geeignete Maßnahmen, zur Abwehr der im deutschen Osten durch die Absichten des Stahlhelms drohenden Gefahren."

Das ist also der großartige Kampf gegen den Stahlhelm. Man erwartet von der Regierung der faschistischen Diktatur, daß sie den Stahlhelm bekämpft. **Und diese Resolution wurde einstimmig, das heißt also mit den Stimmen der Ziegler und Eckstein, angenommen. Die Zustimmung Zieglers zu dieser Resolution zeigt ganz offen und klar, daß Ziegler vollkommen einig ist mit dem Parteivorstand, vollkommen einig ist in der Verhinderung jedes wirklichen Kampfes gegen den Faschismus.**

Das ist in der Tat ein „schöner Abschluß des Parteitages", ist in der Tat

„erhebend, als dann die Kämpfer für den Sozialismus, die wohl über die Taktik der Partei verschiedener Auffassung, aber über das Ziel einig sind, Schulter an Schulter stehend die „Internationale" sangen". („Bergwacht".)

Um den Kurs der Panzerkreuzerpolitik, den Kurs des Polizeisozialismus und die restlose Unterdrückung und Niederknüppelung aller Opposition auch nach außenhin zu dokumentieren, wurde Schramm, der „linke" Führer des SKB. in Breslau, nicht mehr in den Parteivorstand hineingewählt.

Das ist die Tagung der „höchsten Instanz der SPD." in Schlesien gewesen. **Restlose Einschwenkung in die Front der Severinge und Wels, in die Front der Schöpflinge, der kriegsbegeisterten, sozialpatriotischen Wehretatsbewilliger, der Verbündeten und Kriegskameraden des Herrn Groener.** Selbst ein Antrag vom Ohlauer Tor, dem kriegsbegeisterten Schöpflin eine Mißbilligung wegen seiner Rede im Haushaltsausschuß auszusprechen, wurde abgelehnt, und gleichfalls die Anträge, die gegen den **Terror des Parteivorstandes, gegen die Berliner Jungsozialisten eingebracht wurden, und die Anträge, die gefordert hatten, die Riesengehälter der Bonzen herabzusetzen.**

Diese Tagung der höchsten Instanz der schlesischen SPD. hat allen dort anwesenden Arbeitern offen gezeigt, daß diese Partei restlos und rettungslos eine Partei des Arbeiterverrats, eine Partei im Dienste der Unternehmer und der Staatsgewalt ist. Dieser Parteitag wird mit dazu beitragen, daß die Klärung innerhalb der proletarischen Mitglieder der SPD. schneller und gründlicher von statten geht. Wir werden zu dem Verlauf der Tagung noch eingehender Stellung nehmen.

Streik der Stanowitzer Porzellanarbeiter

Stanowitz, 19. April. Die Arbeiter der Porzellanfabrik haben am Freitagfrüh die Arbeit geschlossen niedergelegt und sind in den Streik getreten. Seit länger als einem Jahr hat die Firma den Arbeitern den Lohn von drei Wochen einbehalten, und die Belegschaft fordert nun die sofortige Auszahlung des rückständigen Lohnes.

Mehr als ein Jahr arbeitet nun schon die Firma mit dem Lohn von drei Wochen. Das ist zinsloses Geld, und obendrein wußte kein Arbeiter, ob er am Ende der Woche auch seinen Lohn bekommt. Endlich nun haben die Proleten erkannt, daß sie von der Firma gutwillig kein Geld bekommen werden und haben den Kampf beschlossen. Ein ganzes Jahr lang haben sie sich mit Lohnzahlung „auf Stottern", oft mit ein paar Pfennigen am Sonnabend, abfinden lassen.

Formiert unter Führung der Maikomitees die einheitliche Massenstreikfront am 1. Mai!

Von Eugen Wiedmeier

Der 1. Mai ist unter Führung der weltumspannenden Kommunistischen Internationale zu einem Kampftag aller Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganze Erde geworden.

Alle Versuche der Sozialdemokratie und reformistischen Gewerkschaften, den 1. Mai als den Kampftag der Arbeiterklasse zu begraben, scheitern an dem wachsenden revolutionären Kampfeswillen der Arbeiterklasse. Die Reformisten setzen zwar den Verrat an dem 1. Mai fort, ohne jedoch die Arbeiter vom Massenstreik und von revolutionären Massendemonstrationen für ihre Klassenziele und Tagesforderungen abhalten zu können. Nach der völligen Preisgabe des 1. Mai während des Krieges verbot Zörgiebel im Einvernehmen mit der SPD. und dem ADGB. am 1. Mai 1929 dem Berliner Proletariat die Straße und ließ durch seine Garde 33 Arbeiter und Arbeiterfrauen niederschießen.

Auch in diesem Jahre bezieht der ADGB. mit seinem Beschluß, „daß nur dort am 1. Mai festgehalten werden soll, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung möglich ist," die Linie der Streikabwürgung. So haben die Ortsvorstände des ADGB. und der KPD. in Hannover und Leipzig den Beschluß gefaßt, **die Maifeier vom 1. Mai auf den 3. Mai zu verlegen. Den gleichen Beschluß haben wir seitens des Kreisvorstandes der SPD. von Reichenbach im Eulengebirge vorliegen, der zur Maidemonstration nicht am 1. Mai, sondern am 3. Mai aufgerufen hat.** Im Reichstag stimmte die SPD.-Fraktion gegen den Antrag der KPD. auf Aufhebung des Demonstrationsverbots für den 1. Mai und gegen den Antrag auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag. Zweifellos wird auch in diesem Jahre die SPD. und der ADGB. versuchen, den Massenstreik und die Massendemonstrationen unter Führung der Kommunistischen Partei durch **organisierten Streikbruch,** durch **Demonstrationsverbote und Polizeiterror zu unterbinden.** Die SPD., die schon längst den 1. Mai als Kampftag preisgegeben hat, verübte auch offenen Verrat an den historischen Maiforderungen:

1. Preisgabe der Forderungen des Achtstundentages und der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. (Die SPD. tritt ein für die Fünftagewoche der Unternehmer ohne Lohnausgleich, also für einen großzügigen Lohnraub).

2. Preisgabe des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr und der internationalen Solidarität des Proletariats. (Die 2. Internationale entwickelte sich zur Helfershelferin bei der Vorbereitung des imperialistischen Krieges, sie betreibt die aktivste Hetze gegen die Sowjetunion und ist durch den Moskauer Prozeß als Kumpan der konterrevolutionären Schädlinge entlarvt worden. Die sozialdemokratischen Parteien bewilligen Milliardensummen für Rüstungszwecke, so bewilligt zum Beispiel die deutsche Sozialdemokratie jeweils die Mittel für den Reichswehretat und für den Panzerkreuzerbau. Sie verhöhnen als Verbündete ihrer Bourgeoisie die internationale Klassensolidarität des Proletariats.)

3. Preisgabe des Sozialismus, an dessen Stelle die Sozialdemokratie die sogenannte Wirtschaftsdemokratie, die gelbe Werksgemeinschaft mit den Unternehmern und die faschistische Koalition mit der Bourgeoisie setzt.

Von einer Partei, die durch ihre Politik das ungeheure Massenelend und den Faschismus heraufbeschworen hat, die als Teilhaber und Vollstrecker der faschistischen Hungerdiktatur Brünings den Lohnraub mittels organisierten Streikbruches und Polizeiterrors durchführt, ist nichts anderes zu erwarten, als daß sie sich ebenso wie von dem Klassenkampf, so auch von dem 1. Mai und seinen Forderungen lossagt. Der 1. Mai als politischer Massenstreik- und revolutionärer Demonstrationstag, an dem das Proletariat mit seiner schärfsten Waffe und in wuchtigster Form auf den Plan tritt, stößt gerade in der heutigen Situation auf den verschärften Widerstand nicht nur der Unternehmer und des faschistischen Staates, sondern auch der faschistischen SPD. und Gewerkschaftsführung. Die Anschläge der sozialdemokratischen Führer verfehlen aber immer mehr ihre Wirkung. **So muß auch in diesem Jahre von vornherein die zersetzende Streikbruchaktion der SPD. und der reformistischen Gewerkschaften, der Versuch, die Arbeiter entweder durch Demonstrationsverbote oder durch Scalkundgebungen von der Straße fernzuhalten, aber sie durch [illegible] seine sozial-**

faschistischer Fahne von den revolutionären Massendemonstrationen fernzuhalten, durch die stärkste Massenmobilisierung durchkreuzt werden. Dies ist nur möglich, wenn wir die Vorbereitung und Führung der Mai-Aktion wie die jeder anderen Streikbewegung und Kampfaktion der werktätigen Massen in die Hände von

revolutionären Einheitsfrontorganen,

in die Hände von Maikomitees legen, die sowohl aus kommunistischen, parteilosen und kampfgewillten sozialdemokratischen Arbeitern bestehen. Soll der 1. Mai wirklich im Zeichen der Gegenoffensive der Arbeiterklasse gegen die Hungeroffensive des Kapitalismus stehen, wollen wir die breiteste Massenmobilisierung für den Tageskampf unter der Losung: Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, Kampf um Lohnerhöhung, her mit dem Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich, ausreichende Unterstützung, Arbeit und Brot für die Erwerbslosen erreichen, dann müssen wir unverzüglich in allen Betrieben und auf allen Stempelstellen

die Maikomitees als Massenorgane

schaffen und die revolutionäre Einheitsfront zwischen den Betriebsarbeitern und den Erwerbslosen herstellen. Auf der entscheidenden Grundlage der Betriebe in Verbindung mit den Stempelstellen muß der Massenstreik und die Massendemonstration sowie der

Streik- und Demonstrationsschutz

organisiert werden.

Die schlesische Arbeiterschaft wird durch eine neue Lohnabbau-Offensive bedroht. Am 1. Mai muß sie ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck bringen daß sie in Zukunft nicht anders als wie durch Massenstreik und revolutionäre Demonstrationen auf Lohnraub antworten wird.

Am 1. Mai muß die Arbeiterklasse unter Führung der KPD. und RGO. ihren revolutionären Kampfeswillen demonstrieren, daß sie entschlossen ist, den revolutionären Ausweg, den unsere russischen Brüder siegreich gegangen sind, zu beschreiten, der allein zu Brot und Freiheit führt.

Der 1. Mai steht zweitens im Zeichen der Volksaktion gegen den Faschismus, gegen die Brüning- und Preußen-Regierung, gegen die faschistische Notverordnung, gegen Stahlhelm-Volksbegehren und Stahlhelm-Aufmarsch, gegen die faschistische Helfershelferrolle der SPD. Darum ist es notwendig, daß wir dem diesjährigen 1. Mai einen

revolutionären Volkscharakter

geben, durch die Verwirklichung des Kampfbündnisses des Proletariats mit den werktätigen Mittelschichten, durch den geschlossenen Aufmarsch für die gemeinsamen Ziele und Forderungen Dazu ist erforderlich, daß wir zur Einbeziehung aller Landorte und Stadtviertel sowie zur Eingliederung aller proletarischen Massenorganisationen in die rote Maibewegung Maikomitees der Wohngebiete und Massenorganisationen schaffen. Durch ein weitverzweigtes und

breites Netz von Maikomitees als Massenorgane

im wahren Sinne des Wortes werden wir erreichen, daß der 1. Mai 1931 nicht nur eine Klassenaktion des Proletariats, sondern eine Aktion des gesamten werktätigen Volkes ist. Dadurch wird der Klassenkampf für Brot und Freiheit, für ein sozialistisches Sowjetdeutschland an Kraft und Stärke gewinnen.

Die Massen müssen auch am 1. Mai auf die Kriegsabsichten des Imperialismus und auf die

Kriegshetze der Zweiten Internationale

[illegible] Sowjetunion antworten und ein wuchtiges Bekenntnis ab[illegible] den Schutz der Sowjetunion. Der sozialistische [illegible] der Sowjetunion und der revolutionäre Aufschwung der [illegible] in den kapitalistischen Ländern sind Bestandteile ein und der[illegible] sozialistischen Bewegung, die die gesamte Welt erfaßt und zur Weltrevolution und zum Weltkommunismus und damit zur Befreiung jeder Ausbeutung und Unterdrückung und zum wirklichen Frieden führt.

Zeigt der Bourgeoisie und ihren sozialfaschistischen Lakaien, daß ihr entschlossen seid, unter der Fahne des Kommunismus für Freiheit und Brot zu kämpfen und dafür die einheitliche Front zu schaffen. Ueberzeugt auch die sozialdemokratischen Arbeiter, daß sie sich am 1. Mai und für immer in die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse einreihen müssen. Macht aus den Maikomitees die autoritativen Organe, die fähig sind, die breiteste revolutionäre Massenbewegung zu entfachen und aus dem 1. Mai einen gewaltigen Auftakt für die kommenden entscheidenden Auseinandersetzungen zu machen.

Sozialpatriot Severing

Koblenz, 20. April. (Eigener Bericht.) In einer Kundgebung der SPD. sprach hier der preußische **Innenminister Severing** über das Thema „Im Kampf um Preußen" und dabei führte er aus:

„Wir sind ein armes, abgerüstetes Volk und die Welt um uns erstarrt in Waffen. Wenn aber diese waffenstarrenden Staaten glauben, unseren wehrlosen Staat überrennen zu können, wenn sie glauben, uns alles in wirtschaftlicher Fron bieten zu können, **dann sind wir Sozialdemokraten keine Pazifisten und man weiß noch nicht, wer dann seinen Mann besser stellen wird, wir oder die anderen, die heute so gern das Wort des Hasses und des Kampfes im Munde führen. Mit Freiherrn von Stein sagen wir, daß wir nur ein Vaterland kennen und das ist Deutschland. Die letzte deutsche Mission ist die Schaffung des deutschen Einheitsreiches."**

Nationalistischer und chauvinistischer wie Severing können wahrlich nicht einmal die Nationalsozialisten und Stahlhelmer sprechen. Diese Worte Severings sind die Begleitmusik zur Panzerkreuzerbewegung. **Wir wissen, daß die Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter mit solchen Kriegsfanfaren des Herrn Severing, die allerdings der Ausdruck der gesamten SPD.-Führer sind, nichts zu tun haben. Die sozialdemokratischen Arbeiter gliedern sich immer mehr ein in die Front der Volksaktion gegen Brüning-Diktatur und Preußen-Regierung. Severings Koblenzer Rede tut das ihrige, um weitere sozialdemokratische Arbeiter in die Reihen des proletarischen Klassenkampfes unter Führung der Kommunistischen Partei zu bringen.**

Streik im Rheinwerk Düsseldorf

Die Direktion des Rheinwerkes Düsseldorf-Heerdt versucht, die Belegschaft mit einem Akkordlohnabzug von 6 Prozent zu übertumpeln. Sie ließ ein dementsprechendes Plakat anschlagen, wonach ab 16. April die gekürzten Sätze Geltung haben sollen. Die Belegschaft legte daraufhin die Arbeit nieder und wählte sich eine Streikleitung.

Es ist mit einem erbitterten Kampf zu rechnen. Metallarbeiter in ganz Deutschland, übt volle Solidarität mit den Streikenden.

Das Blutbad in Hamm

Polizei schießt auf genehmigte Demonstration — Die Auswirkung der Brüning-Severingschen Diktaturverordnung — Proteststreik am Beerdigungstage

Essen, 20. April. (Eig. Ber.) Wie in jedem Jahr gedachten die Werktätigen von Hamm und Umgegend am Sonntag ihrer 96 gefallenen Brüder, die in den Kapp-Tagen von 1920 von der Konterrevolution ermordet wurden. Die Demonstration war polizeilich genehmigt. Ein mächtiger Demonstrationszug zog von Hamm nach Wiescherhöfen. In Wiescherhöfen wickelte sich alles glatt ab. Nach einer Kundgebung auf dem Marktplatz, an der sich 5000 Arbeiter beteiligten, formierten sich die Kranz- und Fahnendelegationen, um zum Friedhof zu marschieren. Die übrigen Demonstranten stauten sich auf der Straße vor dem Lokal Fischtermann, in dem eine Saalveranstaltung stattfinden sollte. Die Kranz- und Fahnendelegationen hatten bereits die Sperrkette der Polizei (Landjäger von Wiescherhöfen und Umgebung) passiert, als diese plötzlich ohne irgendeinen Grund und ohne jede vorherige Warnung in die Arbeiter hineinschoß. Ein wahrer Kugelhagel überschüttete die Demonstranten. Die Polizei befand sich nicht in Notwehr, wie die bürgerliche Presse meldet.

Die Schüsse an den Schwer- und Leichtverletzten sowie Toten beweisen, daß sämtliche Schüsse von hinten oder von der Seite abgegeben wurden.

Bezeichnend dabei ist, daß die Arbeiter nicht in der Nähe der Polizei standen, sondern 20 Meter und mehr von der Polizei entfernt.

Unter der Einwohnerschaft und den Kundgebungsteilnehmern herrschte eine ungeheure Empörung. Mehrere Landjäger wurden dann, nachdem sie geschossen hatten, von den empörten Massen zu Boden geschlagen und zum Teil schwer verletzt. Die angesetzte Kundgebung, die ebenfalls polizeilich genehmigt war und zu einer wuchtigen Protestdemonstration gegen den Polizeimord geworden wäre, wurde nachträglich polizeilich verboten. Die Arbeiterschaft von Hamm drängte zum Proteststreik, der am Tage der Beerdigung der Opfer durchgeführt werden soll.

Drei Tote, vier Schwerverletzte und eine größere Anzahl Leichtverletzte sind die Opfer faschistischer Landjäger, Opfer der Diktaturverordnung. Der Erlaß der Diktaturverordnung hat alle faschistischen Elemente in der Polizei derartig ermutigt, sie so in ihrem Bestreben, den blutigen Terror gegen die Arbeiter immer mehr zu verschärfen, bestärkt, daß sie sogar auf eine polizeilich genehmigte Gedächtniskundgebung Schnellfeuer eröffnen. Wieder handelt es sich um eine ungeheure Provokation des Klassenfeindes; auf Grund solcher von faschistischer Polizei angerichteter Blutbäder soll die Unterdrückung der werktätigen Massen verschärft werden. Die infamen Lügen der kapitalistischen Presse, die von einer Notwehr der Landjäger lügen, zeigt klar die verfolgte Absicht.

Aber ein Schrei der Empörung wird durch die klassenbewußte Arbeiterschaft gehen, in einem Willen einigen sich alle aufrechten Arbeiter, den politischen Kampf gegen diese unerträgliche politische Unterdrückung, gegen dieses Polizeiregime zu verstärken. Wenn die Arbeiter von Hamm jetzt den Proteststreik durchführen, so steht die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft hinter ihnen. Ein Sturm des Massenprotestes geht durch ganz Deutschland.

Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen angesichts der neuen Todesopfer der Diktaturverordnung erneut vor der Frage, ob sie die SPD.-Führerschaft, die diese Diktaturverordnung mit herbeigeführt hat, und die sie billigt, weiterhin unterstützen wollen. Jeder denkende SPD.-Arbeiter weiß, daß in Polizei und Landjägerei die Faschisten starken Anhang haben. Die Diktaturverordnung gibt der Polizei freie Hand zu jeder Willkür, die faschistischen Elemente in der Polizei haben größere Möglichkeiten als je, den blutigen Terror gegen die Arbeiterschaft anzuwenden. Wollen dem die ehrlich denkenden sozialdemokratischen Arbeiter tatenlos zusehen? SPD.-Arbeiter, vereinigt euch mit allen klassenbewußten Arbeitern im leidenschaftlichen Protest gegen das Hammer Polizei-Blutbad, im Kampf gegen die Diktaturverordnung, im Kampf gegen Lohnraub und Massenausplünderung!

Die herrschende Klasse glaubt, durch blutigen Terror die Arbeiterklasse vom Kampf gegen Lohnabbau und Unterstützungsraub, vom Kampf gegen die Aushungerung abhalten zu können. Sie wird das Gegenteil erreichen! An der Bahre der erschossenen Klassengenossen schwört die klassenbewußte Arbeiterschaft, nun erst recht die Einheitsfront fester zu schließen, mit um so größerer Entschlossenheit den Kampf gegen das mordende Kapital zu führen.

SPD-Führer maßregeln rote Betriebsräte!

Auch in Leverkusen Maßregelungen wegen Verdachts der „Werksspionage"

Zu der Maßregelung sämtlicher roter Betriebsräte und weiterer 16 Arbeiter im IG.-Farbenwerk Höchst haben die sozialdemokratischen Betriebsräte ihre Zustimmung gegeben. Diese SPD.-Betriebsräte, die sich damit offen als Subjekte der IG-Farben-Kapitalisten betätigten, handelten auf Anweisung der SPD.- und ADGB.-Bürokratie.

Auch in Leverkusen wurden unter der Begründung, daß die Betreffenden im Verdacht der Werkspionage ständen, eine Anzahl Arbeiter entlassen. Hier teilte der sozialdemokratische Vorsitzende des Arbeiterrates, Heppekausen, die Ablehnung des Einspruches mit folgender Begründung mit:

„Dem Arbeiterrat ist die Tatsache bekannt, daß die RGO. versucht, durch ihre Mitglieder Industriespionage zugunsten Rußlands in Deutschland durchzuführen. Ob die Entlassenen der RGO. angehören, kann der Arbeiterrat nicht feststellen. Die Entscheidung, ob die Entlassung zu Recht besteht, muß deshalb dem Arbeitsgericht überlassen werden."

Dieser SPD.-Betriebsrat Heppekausen lügt also frech, daß die RGO. Industriespionage betreibe. Natürlich handelt auch dieser Bursche bei seiner infamen Verleumdung auf Anweisung der SPD.-Bürokratie, die in diesem Fall nicht nur deshalb die Aktion der IG-Farben-Kapitalisten mit allen Mitteln unterstützt, weil sie selbst Aktien besitzt, sondern weil es gegen die Sowjetunion und gegen die verhaßte RGO. und KPD. geht.

Dieselben SPD.-Führer, die alle Rußland-Aufträge hintertreiben wollen, behaupten jetzt, daß durch die angebliche „Werkspionage" den deutschen Arbeitern das Brot genommen werde. Diese Lügner wissen dabei ganz genau, daß die IG-Farben nicht nur ihre Patente und Rezepte an die französischen, englischen und amerikanischen Kapitalisten verkauft haben, sondern daß sie in der Schweiz, England und Amerika neue Betriebe ins Leben riefen, die dann einen bestimmten Teil des Weltmarktes belieferten. Die gekauften SPD.-Lakaien der IG-Farben haben dagegen noch nicht ein Wort gesagt, **sie toben aber und entfachen eine wilde chauvinistische Hetze gegen die Sowjetunion, die sich nicht nur auf Tatsachen, sondern nur auf die Behauptung gründet, der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion könnte durch irgendwelche Erfahrungen aus den IG-Farben-Betrieben gefördert worden sein.**

Die Arbeiterschaft wird sich gegen den Maßregelungsfeldzug energisch zur Wehr setzen, die Verteidigung der roten Betriebsräte muß organisiert werden. Wohl hat die SPD.-Bürokratie in gewissen SPD.-Betriebsräten willfährige Subjekte, wohl werden jetzt in Höchst und Umgegend alle Aufklärungsversammlungen auf Grund der Notverordnung verboten, die Flugblattpropaganda unterdrückt. Doch trotzalledem wird die klassenbewußte Arbeiterschaft diesen Feldzug zum Scheitern bringen und sich fester um die RGO. und KPD. scharen.

Zwangsarbeits-Diktat durch Notverordnung

Die sogenannte Sachverständigenkommission unter Vorsitz des ehemaligen Reichsarbeitsminister Brauns hat ihr Gutachten über die Arbeitsdienstpflicht abgeschlossen. Sie schlägt vor, daß der freiwillige Arbeitsdienst (Arbeit außerhalb der Tarifverträge und zu nichttariflichen Bedingungen) gefördert, für die Arbeitslosen aber die verstärkte Einführung der Pflichtarbeit erfolgen soll.

Diese neuen reaktionären Vorschläge werden auf der Tagesordnung der nächsten Kabinettssitzung stehen und sollen zusammen mit den noch in Aussicht stehenden Vorschlägen zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge zu einer neuen Notverordnung verdichtet werden.

Die Herren Minister, die sattgegessen, frisch erholt und sich schon auf die kommenden großen Ferien vorbereiten, sind im Begriff, einen neuen Schwertstreich gegen die fünf Millionen erwerbslosen Hungerleider zu führen. Die ganze Arbeiterklasse hat sich da zur Wehr zu setzen! Besonders, da mit der Pflichtarbeit die Arbeitslosen als Lohndrücker gegen die Betriebsproleten ausgespielt werden sollen.

Dorpmüller fürchtet RGO.

Oppeln. Für Montag, den 20. April, war vor dem hiesigen Arbeitsgericht der Termin in Sachen des Betriebsrat Genossen Litike gegen Reichsbahn angesetzt worden. Vor Beginn der Verhandlung war der Zuhörerraum bis zum letzten Platz von Eisenbahnern des RAV. Oppeln gefüllt. Das Gerichtsgebäude stand unter starker polizeilicher Bewachung, wahrscheinlich, um die Sozialfaschisten und Denunzianten vor Proletarierfäusten zu schützen. Es kam aber zu keiner Verhandlung, da die Reichsbahn (Vertreter derselben war Eisenbahnrat Schröter) den Vertreter der Eisenbahner-RGO., den Genossen Wiora, nicht anerkannte und den Antrag auf Ablehnung desselben gestellt hatte. Die Begründung zeigte eine Furcht vor der RGO., da sie gegen jeden Lohnraub ist und die Interessen der Arbeiterschaft mit der Auslösung des Streiks vertreten wird. Genosse Wiora erklärte, daß die RGO. auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehe und auch das Recht habe, die Eisenbahner zu vertreten. Die Beratung des Gerichts, die zirka 1½ Stunden dauerte, hatte das Ergebnis zur Folge, daß die Verhandlung auf den 6. Mai d. J., 10,30 Uhr, vertagt wurde.

Das Proletariat rüstet zum 1. Mai!

Streikbeschluß der „Romag"-Belegschaft

Die am 17. Mai stattgefundene Belegschaftsversammlung des „Romag"-Betriebes beschloß, den 1. Mai als Weltkampftag mit der RGO. zu begehen und die Arbeit vollständig niederzulegen. **Weiter wurde beschlossen, gegen den kommenden Lohnraub und den Abbau der Sozial- und Knappschaftsrente schon heute den schärfsten Abwehrkampf bis zum Massenstreik zu organisieren.** Die Belegschaft sieht in dem Ausnahmezustand nur das Mittel, die revolutionäre Arbeiterschaft niederschlagen zu wollen. In der Resolution heißt es u. a.:

„Wir wenden uns schärfstens gegen den Ausnahmezustand und antworten mit dem Kampf gegen die faschistische Brüning-Regierung, für die Auslösung des Streiks gegen jeden Lohnraub in Nordwest, für den Kampf unter Führung der RGO."

Wie die „Romag"-Belegschaft ihre Kampfbeschlüsse faßt, so müssen alle Metall- und Bergbaubetriebe mit der RGO. in die Offensive treten. **Ueberall Maistreikbeschlüsse! Ueberall Kampf- und Streikmobilisation!**

Hast du schon unterschrieben für den Antifaschistischen Kampfbund?

Breslau

Heute abend 7 Uhr

auf der Trebnitzer Straße 50 Stadtverordnetenfraktionssitzung. Der Kampf um den Hungeretat beginnt. Dazu soll Stellung genommen werden. Alle Stadtteil-Delegierten, die der Fraktion zugeteilt sind, haben unbedingt zu erscheinen.

Genosse Dombrowski in Schlesien

Genosse Dombrowski, der nach Verbüßung seiner Strafe auf der Festung Gollnow wegen Hochverrats sofort dort seine Arbeit wieder aufnahm, wo ihn die Partei hinstellte, in Berlin, wird in dieser Woche in folgenden öffentlichen Versammlungen der Roten Hilfe sprechen:

Mittwoch, 22. April, in Altwasser, im „Weißen Roß",

Donnerstag, 23. April, in Glogau, im „Schützenhaus",

Freitag, 24. April, in Breslau, im „Schießwerder".

Genosse Dombrowski spricht über das Thema: „Warum Solidaritätsaufgebot der Roten Hilfe?"

Arbeiter, erscheint in diesen Versammlungen in Massen, beantwortet die Notverordnung durch gesteigerte Solidarität und Aktivität. — Rote Hilfe Deutschlands, Bezirk Schlesien.

Bauarbeiter, heraus zur Versammlung

Am nächsten Mittwoch findet im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes statt. In dieser Versammlung soll die Opposition abgewürgt werden. Die Verbandsbürokratie hat alle Reichsbanner- und SPD.-Mitglieder durch Karten eingeladen, während die oppositionellen Kollegen nicht eingeladen wurden. Der Zweck dieser Taktik ist so klar, daß wir nicht notwendig haben, ihn näher zu erläutern. Dieser Hinweis wird genügen, um alle oppositionellen Kollegen zu veranlassen, den Zweck, den die Bürokratie verfolgt, zu vereiteln. Restlos müssen die oppositionellen Kollegen in der Versammlung erscheinen. Keiner darf fehlen!

Kriegsopfer demonstrieren mit der KPD.

In der letzten Mitgliederversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit ist beschlossen worden, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei am 1. Mai zu marschieren, und die Ortsgruppe wird sich beim Umzuge mit einem Auto mit Anhänger beteiligen für diejenigen, welche am Gehen behindert sind.

Der Fahrpreis beträgt für Schwerbeschädigte 1 Mark und für Leichtbeschädigte und Invaliden 50 Pfennig. Anmeldungen sind bis zum 26. April an Genossen Heidenreich, Breslau, Kreuzstraße 36, 3. Etage, zu richten.

Achtung! Kriegsopfer und Invaliden der Arbeit!

Die Geschäftsstelle des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit ist nach Heiligegeiststraße 9, 1. Etage, verlegt worden. Sprechstunden jeden Dienstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr.

Marxistische Arbeiterschule. Am Mittwoch, 19,30 Uhr, findet im Lokal Mosler, Uferstraße 20, eine wichtige Zusammenkunft der Teilnehmer des Esperanto-Kursus zwecks Fortsetzung desselben statt. Der Stenographie-Kursus beginnt statt um 20 Uhr erst um 20,30 Uhr.

Das „Jubiläum" des 19. April 1906

Die Gedenkkundgebung zur Erinnerung an das Blutbad der Breslauer Polizei vom 19. April 1906 hatte sich eines außerordentlich zahlreichen Besuches zu erfreuen und nahm auch einen der Bedeutung des Tages entsprechenden Verlauf.

Die „Jsa-Truppe" hatte sich zur Verfügung gestellt, um in einigen wohlgelungenen Bildern der Breslauer Arbeiterschaft jene Zeit und die Entwicklung bis zur Gegenwart in anschaulicher Weise lebendig zu machen. Den Teilnehmern wurde schon beim Eintritt in den „Lunapark", wo die Kundgebung stattfand, durch die Polizei ein „Beitrag" zu diesem „Jubiläum" geliefert. Die Veranstalter hatten ein Programm für die „Feier" herausgegeben. Weil nun dieses Programm u. a. auch einen Artikel enthielt, der jenen 19. April 1906 kritisch würdigte, war vom Breslauer Polizeipräsidium die Beschlagnahme dieses Programms verfügt worden. Allerdings erwies sich diese Aktion als ein Schlag ins Wasser, von dem die Herrschaften nicht sehr erbaut sein werden. Sie haben sicher damit gerechnet, die Arbeiter dadurch zu irgendeiner Handlung zu provozieren, die eine Handhabe zum Einschreiten geboten hätte. Aber sie kamen dabei nicht auf ihre Rechnung, die Arbeiter lassen sich nun einmal nicht vorschreiben, wie sie sich in bestimmten Situationen zu verhalten haben, sondern bestimmen ihr Verhalten immer selber. Mit großem Interesse folgten sie dann den einzelnen Bildern, in denen historisch die Entwicklung der 25 Jahre aufgezeigt wurde.

Es versteht sich von selbst, daß die anwesende Polizei mit noch viel größerem Interesse diesem Abrollen der Bilder folgte, wenn auch aus ein „klein wenig" anders gearteten Motiven heraus. Sie hatte nach dem Fehlschlag mit der Beschlagnahme des Programms immer noch die Hoffnung nicht aufgegeben, doch auch noch einen Beitrag zu diesem Jubiläum ihrer Kollegen von 1906 beizusteuern. Aber diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Es gab keine Lorbeeren zu ernten auf diesem Polizeijubiläum, und auch die Rede des Genossen Gallinat bot hierzu keine Gelegenheit.

Sein Referat war gewissermaßen die revolutionäre Begleitmusik zu den historischen Bildern der 25 Jahre, die seit jenem 19. April 1906 verflossen sind. Scharf und unerbittlich zeigte er die Entwicklung dieses Vierteljahrhunderts auf, wobei es ganz selbstverständlich war, daß den breitesten Raum in seinem Referat die letzten Jahre seit dem Novemberzusammenbruch und von diesem Jahrzehnt wiederum die jüngste Zeit einnahm. Sie gab dem Genossen Gallinat Gelegenheit, der Musik einen Ton zu verleihen, der der anwesenden Polizei zwar nicht angenehm in die Ohren klang, von den anwesenden Arbeitern aber so verstanden und aufgenommen wurde, wie es der Bedeutung des Tages entsprach. Scharf sausten die Peitschenhiebe nieder auf jene reformistischen Verräter, die vor 25 Jahren von der Polizei verfolgt, über die Polizei die Geißel geschwungen und heute zu Polizeisozialisten im wahrsten Sinne des Wortes geworden sind. Er beleuchtete dabei insbesondere ihren jüngsten Verrat, der in den Notverordnungen vom 28. März d. J. gewissermaßen die ganze Entwicklung des Verrats zusammenfassend manifestiert. Dann zeigte er, wie daraus historisch die RGO., die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition entstanden ist und heute jene Traditionen hoch hält, für die die Breslauer Proleten vor 25 Jahren gekämpft und die in den Blutlachen auf dem Striegauer Platz symbolisch den Geist veranschaulichten, von dem sie beseelt waren.

Die Rede klang aus in einem warmen Appell an alle Anwesenden, jenes 19. April nicht zu vergessen und vor allen Dingen auch eingedenk zu sein der Tatsache, daß diejenigen, die einst vor 25 Jahren gegen die Polizeibrutalität protestierten, inzwischen jedes Recht zu einem solchen Protest verloren haben. Sie wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen, und die Stimmung, die sie erzeugte und von der auch der ganze Abend beherrscht war, zeigte, daß in der Breslauer Arbeiterschaft jener Geist von 1906 noch lebt und weder durch Notverordnungen noch durch Verrat erstickt werden kann. Unter Führung der RGO. und der KPD. werden die von jenem Geiste erfüllten Arbeiter weiter, schärfer, aktiver und zielbewußter kämpfen, bis der Tag kommt, wo mit jenen Abrechnung gehalten werden kann, die heute den Polizeigeist pflegen und hochhalten, von dem der 19. April 1906 zeugt.

Unhaltbare Zustände in den Breslauer Steingutwerken

Reformistischer Betriebsrat duldet Akkordschinderei und Ueberstunden

Unhaltbare Zustände herrschen in den Breslauer Steingutwerken Matthiasstraße, die von einem reformistischen Betriebsrat geduldet werden. Trotzdem vor noch gar nicht langer Zeit ein großer Teil der Belegschaft entlassen worden ist, trotzdem in den Zeitungen dauernd von Arbeitszeitverkürzung geschrieben wird, wird die Akkordschinderei in den Steingutwerken immer toller. Wir haben angeblich noch den Achtstundentag, aber hier existiert er nicht. Zehn bis zwölf Stunden wird hier im Akkord geschunden. Eine Stunde vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit und eine Stunde nach der Arbeitszeit schuften die Arbeiter, damit sie in der Woche etwas mehr verdienen.

Ist das schon unerhört angesichts der riesigen Arbeitslosigkeit, so wird der Skandal noch größer, wenn man hört, daß man auf der einen Seite einen Familienvater von fünf Kindern entließ, und auf der anderen Seite ein Altersrentner mit annähernd 50 Mark Rente, dessen Frau noch ein **gutgehendes Vorkostgeschäft hat**, weiter beschäftigt.

Wie steht es mit der Doppelverdienerei, von der heute auch so viel geschrieben wird und doch unterbunden werden soll? Der Betriebsrat scheint mit all dem einverstanden zu sein, denn sonst könnte so etwas nicht vorkommen. Es ist Zeit, daß die Arbeiter selbst eine Aenderung treffen. Das können sie aber nur dann, wenn sie sich der Revolutionären Gewerkschaftsopposition anschließen, um unter ihrer Führung den Kampf gegen solche Zustände aufzunehmen.

Gedächtniskundgebung im Lunapark

Die Eintrittskarten von der Gedächtnis-Kundgebung im „Lunapark" müssen sofort im Büro, Breite Straße 6/7, abgerechnet werden; wer bis Mittwoch, den 22. April, 19 Uhr nicht abgerechnet hat, muß die Karten bezahlen. — Ortskomitee der RGO.

Wohin am Sonnabend, dem 25. April?

Zum Pressefest der Jungen Garde im großen Saale des Lunaparkes

Tanz frei! — Eintritt: Einheitspreis 35 Pfennig! — Truppe Komsomol — Rezitationen — Anfang 18 Uhr — Ende ???

Karten sind im Vorverkauf bei allen Funktionären der KPD, des KJVD. und in allen Büros der Arbeiterorganisationen und an der Kasse zu haben. Das Pressekomitee der Jungen Garde.

Brieg

Freidenker und Notverordnung

Am Freitagabend fand hier die fällige Mitgliederversammlung des Freidenker-Verbandes statt. Obgleich man annehmen sollte, daß auf Grund der augenblicklichen Situation eine recht rege Beteiligung sein sollte, ist gerade das Gegenteil der Fall. Langweilige Ausführungen und Vorlesungen des Vorsitzenden über die letzten Eingänge sowie über die Bezirkskonferenz standen zur Tagesordnung. Nach seinen Ausführungen bietet die Notverordnung nur Anlaß, in Zukunft viel „vorsichtiger" zu arbeiten als bisher, d. h. auf gut sozialdemokratisch, nichts mehr zu tun. Ueber das Zustandekommen der Notverordnung hieß es kurz: Der Genosse Severing hatte sich getäuscht, denn er wußte nicht, daß er nicht hinter jedem Polizeibeamten stehen konnte. Recht lebhaft wurde es bei der Diskussion. Als Genosse Flegel über das Zustandekommen und die Verantwortlichkeit der Notverordnung sprach und sich dabei auf den „Vorwärts" und dergleichen berief, versuchte ein großer Teil sozialdemokratischer Bonzenanwärter unseren Genossen am Reden zu hindern. Es kam sogar zu Tumultszenen und einige hysterische Frauen liefen schreiend davon. Doch unser Diskussionsredner verstand sich gut durchzusetzen. Dem „Genossen" Schneider von der SPD. fiel die Verteidigungsrolle zu. Er, der Patentsozialist, der erst vor kurzem einen Sozialisierungsprozeß, d. h. in seine Tasche, durchgeführt hat, versteht sich ja auch in Freidenkerfragen. Obgleich seine Kinder „schon" vom Religionsunterricht abgemeldet sind, wird prompt am Sonntag das Mittaggebet zum lieben Gott gesprochen.

Der Brotpreis wird erhöht!

Der Hunger ist noch nicht groß genug in Breslau

Die Auswirkungen der Zollwucherpolitik

Die Breslauer Brotfabriken haben, veranlaßt durch die ungünstige Preisentwicklung an den deutschen Getreidemärkten, den Beschluß gefaßt, ab Sonnabend, den 18. April, den Brotpreis um einen Pfennig pro Pfund zu erhöhen.

*

Im Jahre 1930, dem ersten Jahre unter der Herrschaft des guten Freundes der Dominselbewohner in Breslau, ist der Brotkonsum bereits um 30 Prozent gesunken. Das ist die natürliche Folge der Zollwucherpolitik Brünings, die sich Brotfabrikanten und Bäckermeister zunutze machen, um anstatt gegen den Zollwucher anzukämpfen, die Preise einfach erhöhen. Als frommer Christ ist er bestrebt, den Hungernden durch Verteuerung der Brotration den Weg ins Himmelreich abzukürzen.

Aber 30 Prozent weniger Brot macht den Weg ins Paradies anscheinend noch zu lang. Er bemüht sich daher im Verein mit seinen christlichen Brüdern Wirth und Stegerwald, für weitere Abkürzung zu sorgen. Ein Erfolg bei diesem „christlichen" Liebesdienst stellt zweifellos die obige Bekanntmachung dar.

Auf dem Weltmarkt lagern unzählige Tonnen von Getreide. Mit Weizen werden weiter in Kanada und anderen überseeischen Ländern die Schiffskessel geheizt, weil das billiger ist. Aber im Brüning-Deutschland verüben täglich 50 Menschen aus Hunger Selbstmord, und damit die Zahl noch steigt, wird das Brot weiter verteuert. Einen Pfennig nur einstweilen. Was ist ein Pfennig für den Bourgeois, für den Herrn Kardinal, für den Brüning-Freund? Brot spielt ja im Haushalt der Geldsäcke und auch in den „frommen keuschen Junggesellenheimen" an der Dominsel keine Rolle.

Wenn das Brot teurer ist, dann essen wir mehr Kuchen, und die Brotverteuerung ist auf elegante Weise aus der Welt geschafft. Der Wohlfahrtsempfänger aber, der sich mittags nur noch eine rohe Kohlrübe leisten kann, wie das in der letzten Stadtverordnetensitzung bekanntgegeben wurde, der hat doch bewiesen, daß die Breslauer Armen Kohldampf schieben können. Deshalb wird weder der Magistrat noch der Kardinal, der so wacker gegen den Bolschewismus für fabelhaftes Gehalt streiten kann, bei Brüning etwas gegen die Zollwucherpolitik unternehmen.

Breslau steht heute an der Spitze im Hungern. Aber auch die „linken" Breslauer SPD.-Führer denken nicht daran, für eine Aenderung der Zollwucherpolitik einzutreten. Der werktätigen Bevölkerung Breslaus muß daher dieser Pfennig mehr sein als äußerlich scheint. Sie darf nicht dem Beispiel des „Rohkostlers" folgen, der mit einer rohen Kohlrübe und viel Schlaf sich im Kohldampfschieben übt, sondern sich einreihen in die Reihen derjenigen, die nicht gewillt sind, Meister im Hungern zu werden, sondern entschlossen sind, durch allerschärfsten Klassenkampf diesem Hunger ein Ende zu bereiten.

Einen Pfennig für Brot mehr bedeutet für manche Familie, den letzten Tropfen Milch aus dem Hause bannen. Welcher Werktätige will das seinen Kindern gegenüber verantworten, ohne endlich sich bereit zu erklären zur aktivsten Mitarbeit in der roten Front unter Führung der Kommunistischen Partei! Macht alle Werktätigen mobil, es geht um euer nacktes Leben, das täglich mehr vom Hungertod bedroht wird.

Oels

Selbstmord infolge unglücklicher Liebe

Unglücklich verliebt hatte sich der einzige Sohn des Schmiedemeisters R. in Pürbischau in die Schauspielerin einer umherziehenden Truppe. Da sich dem Verhältnis Widerstände entgegenstellten, erschoß sich der junge Mann nachts in seinem Bett. Die Eltern fanden ihren Sohn am Morgen tot auf. Kurze Zeit vorher hatte er die Meisterprüfung abgelegt und sollte in absehbarer Zeit die väterliche Schmiede

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptseite, Provinz und Lokales: Oskar Holewa, Breslau. — Für die übrigen Seiten: Karl Preißner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Brennholz:
Schwarten und Säumlinge
gibt billig ab
Dampfsägewerk Breslau 10
Verlängerte Niedergasse.

Gegen üblen Mundgeruch „Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr „Chlorodont" aufs beste empfehlen." gez. E. G., Mainz. — Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Donnerstag, dem 23. April:

Kultur und Wirtschaft in der Sowjet-Union!

über dieses Thema spricht am Donnerstag, dem 23. April, 20 Uhr im „Lunapark" (Sternsaal) Frau Landwirtschaftsrat Tina Schmidt-Zwickau. Eintrittspreis 30 Pfennig, Erwerbslose 15 Pfennig.

Internationale Arbeiter-Hilfe.

Aerzte, Lehrer, Beamte, Angestellte, welche sich über die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung in Sowjetrußland informieren wollen, sind besonders eingeladen.

Rund um den Erdball

Kürtens Vater:

„Mein Sohn wurde gut katholisch erzogen"

Vater und Geschwister des Massenmörders als Zeugen

Eigener Drahtbericht

Düsseldorf, 20. April. In der Montagvormittagsverhandlung wurde zunächst Landgerichtsdirektor Hertel über seine Tätigkeit als Untersuchungsrichter im Kürtenprozeß befragt. Er erklärte, das er anfangs an Kürtens Geständnissen gezweifelt habe, doch mußte er dann die Richtigkeit seiner Angaben feststellen.

Verteidiger: „Glauben Sie, daß, wenn Kürten keine Geständnisse abgelegt hätte, er trotzdem der Täterschaft hätte überführt werden können?"

Landgerichtsrat Hertel: „Nach meiner Auffassung ja, denn schon allein die Mörderbriefe genügten, um Kürten in diesem Fall der Täterschaft zu überführen."

Verteidiger: „Sind Sie nun vollkommen überzeugt, daß Kürten für die Morde und Mordversuche in Frage kommt?"

Landgerichtsrat Hertel: „Jawohl, wenigstens für die Fälle, die hier zur Anklage stehen."

Verteidiger: „Wie erklären Sie sich die Widersprüche in den einzelnen Protokollen bei der Beschreibung der letzten Vorgänge, ich meine die sexuellen?"

Zeuge: „Vor den Aerzten hat Kürten völlig korrekte Aussagen gemacht. Aber in den monatelangen Vernehmungen ist er vielleicht selbst auf den Gedanken gekommen, daß bei ihm etwas nicht stimme. Sagte er doch zu mir einmal: „Sie wissen gar nicht wie die Unterredungen mit den Psychiatern mich anregten, über mich selbst nachzudenken".

Oberstaatsanwalt: „Können Sie uns etwas über den Vater Kürtens sagen?"

Zeuge: „Kürtens Vater ist eine außerordentlich sympathische Gestalt von gesunder Gesichtsfarbe. Sehr gesprächig, wie das bei Alkoholikern üblich ist und von jener Großmannssucht, die wir auch bei Peter Kürten wiederfinden. Er (Kürten Vater) erklärte mir u. a., daß eine Kaffeetasse Schnaps ihm gar nichts anhaben könne. Er sei der Ueberzeugung, daß er seine Kinder auf das beste erzogen habe, besonders auch in religiöser Hinsicht Wörtlich erklärte mir Peter Kürtens Vater noch

„Ich bin ein braver Katholik, ich gehe in alle Kirchen. Der Papst ist ein guter Mann, aber ich bin päpstlicher, als der Papst."

Nach der Vormittagspause wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, da eine ganze Anzahl von Zeuginnen vernommen werden sollten, die mit Kürten engeren Verkehr gehabt haben. Als erste wurde eine Frau P. in den Saal geführt, die zu Kürten in die Wohnung gegangen ist und dort angeblich von ihm gewürgt wurde. Eines Sonntags, so sagte diese Zeugin, waren wir auf einem Spaziergang. Plötzlich würgte er mich. Ich schrie und verlor für einen Augenblick das Bewußtsein. Aber schließlich ließ er wieder von mir ab. Ich setzte mich auf eine Bank, er legte sich darauf, den Kopf in meinen Schoß. Er schlief ein und erwachte erst am nächsten Morgen Da ging es wieder los. Er riß mir die Ohrringe aus den Ohren, biß und schlug mich."

Staatsanwalt (zu Kürten): „Wollten Sie die Frau töten?"

Kürten: „Ja, aber der Gedanke kam mir erst, als ich sie würgte."

Staatsanwalt: „Stimmt es, daß Sie die erste Person gewesen sind, die auf Kürten aufmerksam gemacht hat?"

Zeugin: „Ja, ich war auf dem Meldeamt. Da hat mir der Beamte gesagt: Kürten sitzt doch im Gefängnis, da kann er doch nicht an zwei Stellen gleichzeitig sein. Den Weg zum Polizeipräsidium habe ich gescheut."

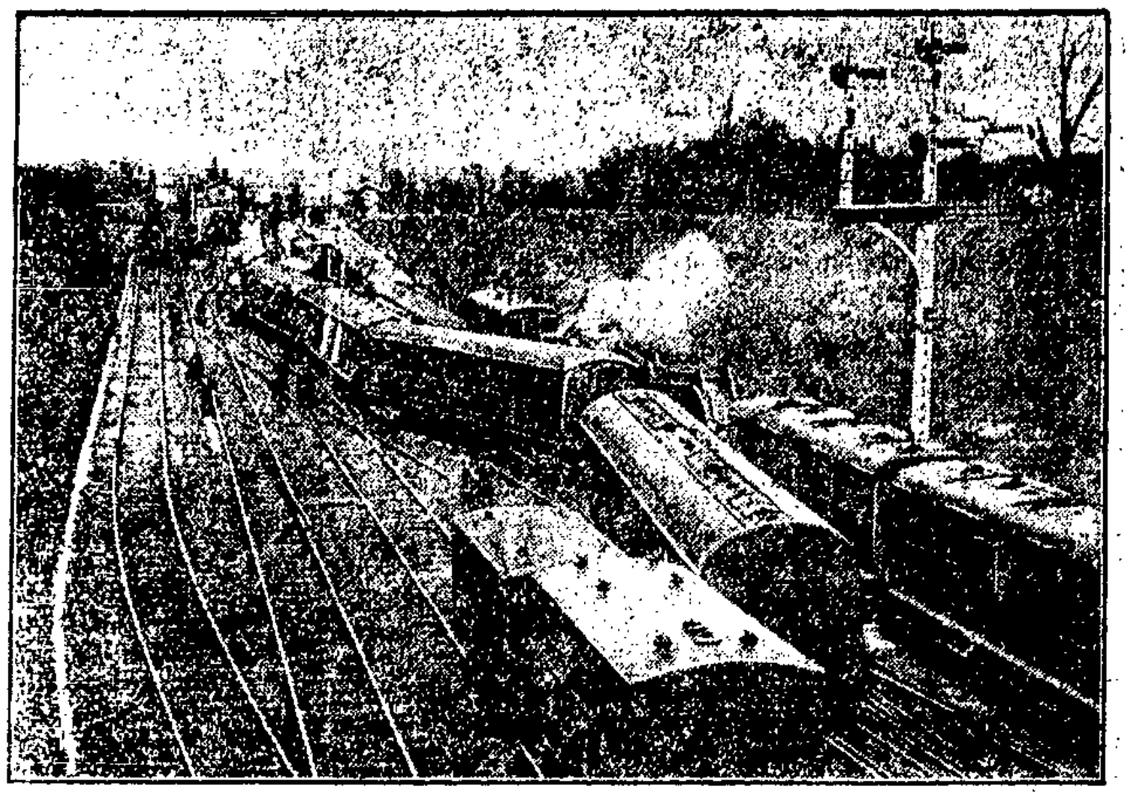
Der erste Sachverständige

Dann erstattete als erster Sachverständiger der Düsseldorfer Gerichtsarzt Professor Dr. Berg sein Gutachten: „Kürten ist ein Mensch, dessen psychische Grundlage auf seine erbliche Belastung zurückzuführen ist. Viele seiner Vorfahren zeigen eine geradezu erschreckende Häufung von Trunksucht und Verbrechen. Die Grundlage seiner Handlungen jedoch ist sein Sadismus. Kürten hat ein außerordentlich gutes Gedächtnis. Trotzdem sind ihm in zwei Fällen, nämlich im Fall Döringer und im Fall Hahmacher, zwei entscheidende Irrtümer über den eigentlichen Tatbestand unterlaufen, die sich auf die Ausführung des Mordes bezögen. Dieses Versagen seines sonst immer hervorragenden Gedächtnisses kann nur so erklärt werden, daß im Augenblick des Orgas das Gedächtnis einen Augenblick ausgesetzt hat."

Auf verschiedene Fragen seitens der Verteidigung stellt Prof. Berg fest, daß seines Erachtens nach Kürten die Morde durchaus mit Ueberlegung begangen habe.

Darauf wird der 71jährige Vater Kürtens hereingeführt. Er ist gebrechlich und geht auf Krücken. Peter Kürten wird während dieser Vernehmung herausgeführt, um die Aussagen des Vaters nicht zu beeinträchtigen. Der Vater sagt sehr wenig Entscheidendes aus, so weiß er z. B. gar nichts über die Vererbung in seiner Familie. Er versucht auch, was sehr verständlich ist, abzuleugnen, daß er viel getrunken hat. Er ist Sandformer von Beruf. Auf Fragen des Vorsitzenden gibt er zu, daß er seinen Sohn öfter geprügelt habe.

Die Geschwister Peter Kürtens dagegen, die nach der Vernehmung des Vaters aufgerufen wurden, verweigern durchweg ihre Aussage. Der Bruder Johann beachtet seinen Bruder, der inzwischen wieder auf der Anklagebank Platz genommen hat, überhaupt nicht, ebenso die Schwester, die sehr niedergedrückt aussieht sowie der älteste Bruder Andreas.



Eisenbahnunglück ohne Menschenverluste

Unser Bild zeigt den entgleisten London-Leeds-Expreß, der bei Turford aus den Schienen sprang und vollkommen durcheinander geworfen wurde. Glücklicherweise kam dabei niemand ernstlich zu Schaden.

Mörder als Hetzlieferanten der bürgerlichen Presse

Der politische Schwindel der Prenzlauer Mörder

Pilgram und Patocki wieder eingefangen

Ein Teil der bürgerlichen Presse benutzte den Mord der beiden kriminellen Gefangenen Pilgram und Patocki an dem Gefangenenwärter Neubauer im Prenzlauer Gefängnis, zu einer ganz infamen niederträchtigen Hetze gegen die Kommunistische Partei. Behauptete doch diese schamlose Pressekanaille, daß die beiden Gefangenen Neubauer aus „politischen Gründen ermordet haben, um die proletarisch-politischen Gefangenen im Prenzlauer Gefängnis befreien zu können."

Den frechen Schwindel Pilgrams, der bereits am Sonnabend wieder eingefangen werden konnte, daß er kommunistischer Vertrauensmann sei, wurde in besonders großer Aufmachung selbst von dem letzten bürgerlichen Käseblättchen Hinterpommerns verbreitet. „Als kommunistischer Vertrauensmann habe er zusammen mit seinem Freunde und Parteigenossen Patocki den Mord begangen, um den politischen Gefangenen die Freiheit wiederzugeben."

Doch kaum war der Schwindel ins Land gegangen, sahen sich einige Zeitungen genötigt, zu erklären,

„daß Pilgram das politische Motiv nur vorgeschoben habe, um den Mord in ein anderes Licht zu stellen."

Kein Wunder, daß diese neueste Hetze so kurzlebig war. Haben sich doch die beiden proletarischen politischen Gefangenen, die, wie auch wir bereits berichteten, von den beiden Kriminellen sozusagen mit dem Revolver auf der Brust zur Flucht gezwungen wurden, vollkommen einwandfrei benommen. Wie erinnerlich, sind sie, sobald sie hörten, daß Pilgram und Patocki den Gefangenenwärter ermordet hatten, sofort freiwillig in das Gefängnis zurückgekehrt. Selbstverständlich denkt jedoch die bürgerliche Pressekanaille nicht im entferntesten daran, die politischen Märchen der beiden Mörder zu berichtigen.

Sagt's weiter . . .!

„In einer Antifaschisten-Kundgebung meldet sich ein junger, aufgekleideter Versammlungsbesucher zum Wort. Er sei Student, bekannte er im Laufe seiner Diskussionsrede Das, was er politisch zu sagen hatte, war ja noch recht unklar, doch als er erzählte, wie er mit der Kommunistischen Partei in Berührung gekommen war, wurde es interessant und äußerst lehrreich.

„Also", bekannte der Student, „fuhr ich da eines Tages mit der Straßenbahn Neben mir saß ein Arbeiter, der eine Zeitung las. Ich kriebitzte und las die mich sehr interessierende Ueberschrift: „Der Streik als politische Waffe". Da nahm ich mir ein Herz und fragte den Arbeiter, was das für eine Zeitung sei. „Ne kommunistische selbstverständlich", antwortete der und gab sie mir. Gleichzeitig wurde mir ein kleines Heft, Massenbroschüre nennt ihr wohl diese Dinger, zum Kauf angeboten. Und nach weiterem Hin und Her mußte ich dem Arbeiter meine Adresse geben. Von da an habe ich jedesmal eine Postkarte bekommen, wenn in der Stadt was von den Kommunisten organisiert war."

Furchtbares Unwetter in Rheinhessen

Ein Mann durch Blitzschlag getötet — drei gelähmt

Frankfurt am Main, 20. April. Das furchtbare Unwetter hat im rheinhessischen Gebiet schlimme Folgen gehabt. In der Alzeyer Gegend wurden riesige Strecken durch Regen und schweren Hagelschlag stellenweise stark beschädigt. Durch einen Blitz wurden vier Arbeiter auf dem Felde so schwer verletzt, daß der eine verstarb und die drei anderen bis heute gelähmt sind.

Zwei Kinder in einen Brunnenschacht gestürzt

Mehrere Kinder spielten in Metternich bei Koblenz auf dem Gelände einer Ziegelei, als plötzlich der Boden nachgab und zwei Knaben im Alter von 8 und 13 Jahren in der Tiefe verschwanden. An der Unglücksstelle befand sich ein alter Brunnenschacht, dessen morscher Deckel eingebrochen war. Die alarmierte Feuerwehr vermochte die Kinder nur noch als Leichen zu bergen.

Blutiges Feuergefecht im Walde

Förster erschießt zwei Wilderer

Eisenach, 20. April. In den Wäldern der Umgebung Eisenachs spielte sich am Sonnabend ein blutiges Feuergefecht ab, in dessen Verlauf ein Förster zwei Männer, die ihm angeblich wegen ihrer gefüllten Rucksäcke verdächtig vorgekommen waren, erschoß.

Nach der polizeilichen Meldung, die natürlich mit Vorsicht aufzunehmen ist, habe der Förster drei Männer gesichtet, die seiner Aufforderung, die Rucksäcke zu öffnen, nicht nachgekommen seien und die sogleich Revolver gezogen hätten, um das Feuer auf den Förster zu eröffnen. Dieser sei jedoch schneller bei der Hand gewesen und habe mit seiner Waffe zwei Männer zu Boden gestreckt. Der dritte habe dann den Förster am Arm verwundet, wodurch er kampfunfähig wurde. Danach konnte er unerkannt in den Wald entkommen.

Deichbruch bei Paris

1500 Bewohner obdachlos geworden

Paris, 20. April. Am vergangenen Sonntag entstand durch einen Deichbruch an der Seine in dem Pariser Vorort Bondyn eine Ueberschwemmung, wodurch 1500 Personen obdachlos geworden sind.

Ueber 150 Häuser mußten sofort nach dem Deichbruch geräumt werden. Die Hauptstraße Bondys ist in einer Länge von 200 Metern vollkommen überschwemmt. Man befürchtet, daß die geringen Widerstände den Wassermassen nicht standhalten und diese in den nächsten Stunden auch die tiefergelegenen Stadtteile überschwemmen werden.

Todesopfer eines Kinobrandes

Am Sonnabend brach in einem Kino in Proßnitz ein Feuer aus, das in kürzester Zeit den ganzen Vorführungsraum in Flammen hüllte. Im Saal entstand nun eine fürchterliche Panik, wobei viele Personen im Gedränge verletzt wurden. Der Vorführer verbrannte, bevor Hilfe herbei kam.

Verantwortlich: Richard Krause, Berlin

Moskau—Berlin

Die „Prawda“ zum Abschluß der Berliner Verhandlungen

Auf die Unterzeichnung des Berliner Abkommens über die Unterbringung der sowjetrussischen Aufträge eingehend, schreibt die „Prawda“:

„Die Sowjetaufträge werden in Deutschland eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Sie werden einer beträchtlichen Anzahl deutscher Arbeiter Beschäftigung geben. Daher ist die Rolle der Sozialfaschisten, die die Gelegenheit benützen, um die UdSSR. zu begeifern, und sie zu beschuldigen, durch die Sowjetaufträge die Löhne der deutschen Arbeiter herabzudrücken, doppelt niederträchtig. Diese schurkische Lüge wird verbreitet zur selben Zeit, wo in Deutschland mit Hilfe der Sozialfaschisten ein systematischer Lohnabbau durchgeführt wurde und noch durchgeführt wird.

Trotz der entgegengesetzten Bemühungen der Sozialfaschisten hat das jetzt unterzeichnete Abkommen eine ernstliche Bresche in die Versuche antisowjetistischer Einkreisung geschlagen. Angesichts der sich vertiefenden Krise halten die deutschen Industriellen es für unvorteilhaft, offen in das antisowjetistische Lager überzugehen und auf die Möglichkeit reeller Vorteile durch friedliches Zusammenarbeiten mit der im raschen Aufschwung begriffenen Volkswirtschaft der Sowjetunion zu verzichten. Diese Tatsache ist gerade heute von besonderer Bedeutung, wo die französischen Interventen verzweifelte Versuche machen, Deutschland auf ihre Seite zu ziehen.

★

Moskau, 18. April. „Iswestija“ gibt der Auffassung Ausdruck, daß Deutschland, indem es sich in der Frage der Entwicklung der Zollbeziehungen in Europa an den Völkerbund wende, dank des Abschlusses der österreich-deutschen Zollunion die Initiative, die bisher Frankreich innegehabt habe, übernehme und die Initiative in der Aufrollung des europäischen Zollproblems ergreife.

Die Zeitung glaubt, daß diese Erscheinung von einer Verschärfung des imperialistischen Kampfes auf den europäischen Märkten zeuge und den Weg zum wirtschaftlichen Boykott der Sowjetunion freimache, da die Errichtung besonderer Erleichterungen in den Handelsbeziehungen zwischen den einzelnen europäischen Staaten den Versuch bedeute, für die Sowjetausfuhr schlechtere Bedingungen zu schaffen, als sie für die privilegierten Staaten bestehen.

Arbeitslosendemonstrationen in Kanada

EP. Ottawa, 16. April. Zu großen Arbeitslosendemonstrationen, die von Kommunisten organisiert wurden, kam es heute in verschiedene Städten Kanadas. Die Demonstrationen stellen einen Protest gegen die Weigerung des Ministerpräsidenten Bennett dar, eine staatliche Arbeitslosenunterstützung einzuführen.

In Winnipeg demonstrierten etwa 4000 Erwerbslose, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Sechs Personen wurden verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. In der als kommunistische Hochburg bekannten Stadt Sudbury veranstalteten 3000 Erwerbslose eine Kundgebung. Hier kam es gleichfalls zu Zusammenstößen mit der Polizei.

„Volksrevolution über Deutschland“

Die Katastrophenpolitik der Herrschenden, den Bankrott der Sozialdemokratie und die strategische Hauptlinie der revolutionären Rettungspolitik der KPD., zeigt das Referat unseres Führers, Genossen

Ernst Thälmann

auf der letzten Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei.

Es ist soeben als Broschüre erschienen, bei jedem Literaturobmann und in den Arbeiterbuchhandlungen zu haben.

Im Zeichen der deutsch-österreichischen Zollunion

Oesterreich provoziert Wirtschaftskonflikt mit der Sowjetunion

Sowjetfeindliche Boykottmaßnahmen — Sowjetunion kündigt Zurückziehung der Industrieaufträge an

Wien, 18. April. Zwischen Oesterreich und der Sowjetunion ist infolge einer Verordnung des Landwirtschaftsministers Dollfuß ein ernster Wirtschaftskonflikt ausgebrochen. Dollfuß hat auf Grund einer Veterinärverordnung aus dem Jahre 1909 die Einfuhr russischer Eier nach Oesterreich verboten. Obwohl diese Verordnung sich gegen Polen richtete, wurde die Einfuhr polnischer Eier, die sehr bedeutend ist, bisher von Oesterreich niemals beschränkt. Obwohl von der Sowjetunion nur beabsichtigt war, 150 Waggons Eier bei einem Jahresimport in Oesterreich von insgesamt 1600 Waggons, zu importieren, hat der Landwirtschaftsminister mit einem Einfuhrverbot geantwortet.

Daraus geht klar hervor, daß es sich um eine sowjetfeindliche Boykottmaßnahme handelt. Als diese Verordnung dem österreichischen Gesandten der Sowjetunion bekannt wurde, begab er sich sofort zu Außenminister Schober und teilte ihm mit, daß auf Grund eines Beschlusses des 6. Sowjetkongresses jegliche Wirtschaftbeziehungen mit einem Lande sofort zu unterbrechen sind, das Boykottmaßnahmen gegen die Sowjetunion durchführt. Daher würde sich auch die Sowjetunion gezwungen sehen, auf Grund der Verfügung des Landwirtschaftsministers alle Industrieaufträge in Oesterreich sofort zu stoppen. Es handelt sich dabei um Aufträge im Werte von 2 Millionen Dollar, die an die AEG.-Union, die Elin-Werke, die Maschinenfabrik Haid und andere Werke erteilt wurden.

Kommunistischer Wahlerfolg in Oberösterreich

Schwere Niederlage der Heimwehr und der Sozialdemokraten

TU. Wien, 20. April. Bei den Wahlen in Oberösterreich erhielten die Christlich-Sozialen 239 983 Stimmen; sie gewannen 22 309, die Sozialdemokraten verloren 7612 Stimmen; sie erhielten 128 376 Stimmen. Der Heimatblock erhielt 18 818 Stimmen und hat somit 20 909 Stimmen verloren. Der Nationale Wirtschaftsblock und Landbund, die eine Wahlgemeinschaft bildeten, verloren 21 015 Stimmen; sie erzielten 50 832 Stimmen. Die Nationalsozialisten erhielten 15 770 Stimmen und gewannen somit 4208; die Kommunisten gewannen bei 3707 Stimmen 1514.

Die bulgarischen Arbeiter und Bauern rüsten zum 1. Mai

Revolutionärer Aufschwung in Bulgarien

Die Massen strömen zur revolutionären Arbeiterpartei — Regierung Ljaptscheff zurückgetreten

Wahl„reform“ aus Furcht vor dem „an Boden gewinnenden Kommunismus“

Sofia, 18. April. Aus den Vertretern der revolutionären Arbeiterorganisationen und den Betrieben wurde ein Zentrales 1.-Mai-Komitee gebildet. Ebenso wird aus der Provinz die Bildung von lokalen 1.-Mai-Komitees gemeldet. In vielen Orten fanden große Arbeiter- und Bauernkundgebungen zur Vorbereitung des 1. Mai statt.

Das ZK. der Arbeiterpartei hat beschlossen, für die Durchführung des 1. Mai und der Sobranje-Wahlen die Summe von 100 000 Levas zu sammeln. Binnen einer Woche nach diesem Beschluß hatten schon 41 Provinzorganisationen die auf sie entfallende Summe nicht nur erreicht, sondern auch vielfach weit überschritten und dem ZK. überwiesen.

In der Stadt Ichtiman haben die Arbeiter, die beim Ausladen von Waggons am Bahnhofe beschäftigt waren, ihren gesamten Arbeitslohn dem ZK. überwiesen. Im Dorfe Nadejda haben Bauern Straßenarbeiten übernommen und die Löhne dem 1.Mai-Fonds gewidmet. In der ersten Aprilwoche liefen so 35 000 Levas beim ZK. ein. Teilweise überfiel die Polizei die Sammler und beschlagnahmte die bei diesen vorgefundenen Summen.

Wien, den 18. April. Der Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ meldet aus Sofia den Rücktritt des Kabinetts Ljaptschew. Es wird angenommen, daß der König den Demokraten Malinow mit der Regierungsbildung betrauen wird, da der König „jüngst während einer Inkognitoreise durch die Provinzen Gelegenheit hatte, die infolge der Wirtschaftskrise **gesteigerte oppositionelle Stimmung der Bevölkerung festzustellen“.** Damit ist der revolutionäre Aufschwung der Massen angedeutet.

Die Wahlreform, die soeben im Parlament mit den Stimmen der Regierungspartei und der Sozialdemokraten angenommen wurde, ist von dem Sozialfaschisten Kolaroff, der Mitglied der Kodifikationskommission im Justizministerium ist, und seinen Parteigenossen Tscheschmedjieff und Pastuchoff ausgearbeitet worden. Während nach dem bisherigen Wahlrecht die Sozialdemokraten auf kein einziges Mandat mehr Aussicht gehabt hätten, schufen sie sich in dieser Wahlreform die Möglichkeit zu einer Rückkehr in die Sobranje.

Allgemein wird nämlich erwartet, wie es in der Debatte im Parlament auch der Redner der Regierungspartei betonte, daß der **Block der Werktätigen** unter der Führung der **Arbeiterpartei** zur **zweitstärksten Partei** bei den im Mai stattfindenden Parlamentswahlen werde. Es wird deshalb gar nicht geleugnet, daß dieses Wahlgesetz sich gegen **den „an Boden gewinnenden Kommunismus“** richte.

Setzerstreik in Brüssel

Brüssel, den 20. April. Der angekündigte Setzerstreik in Brüssel, der rund 3000 Personen betrifft, ist am Montag früh ausgebrochen und wird fast restlos durchgeführt. Nur das Personal der Zeitungen „Le Soir“ und „Le Vingtième Siècle“ beteiligt sich noch nicht am Streik. Alle Zeitungsgebäude werden polizeilich bewacht.

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Adalbert Schultz Verlag Berlin-Wilmersdorf Brandenburgische Str. 9

27. Fortsetzung

Es ist doch eigentlich eine ungeheure Zumutung für ein denkendes Weib — und Marie Luise hatte ja mittlerweile denken gelernt —, von einem Manne, den man als minderwertigen, skrupellosen Schuft erkannt hat, von dem man sogar rechtskräftig geschieden ist, ein Kind auszutragen. Dieser Zwang wurde dadurch noch bitterer, daß dieses Kind nicht vollwertig war, und die Situation wurde geradezu katastrophal, weil Marie Luise zehn lange Jahre das langsame Dahinwelken ihres Kindes mit ansehen mußte, eines Kindes, das sie schließlich doch instinktmäßig als Mutter lieben mußte.

Ich bin der Ansicht, daß im vorliegenden Falle die Schwangerschaft ohne weiteres hätte unterbrochen werden müssen. Dann hätte sich Marie Luise auch gründlich behandeln lassen, und wäre schon nach einem Jahre in der glücklichen Lage gewesen, sich — nunmehr gewitzigt — einen gesunden Ehegatten auszusuchen. Ich meine, man sollte den § 218 ruhig abschaffen. Er taugt doch nichts.

Frau Drucker

Herr Doktor, mit dem Kinde muß irgend etwas geschehen!

Lebt da ein kleines Kaufmann-Ehepaar. Er so ein richtiger, biederer Mann von ungefähr 40 Jahren. Sie, groß, stattlich, sauber, ein bißchen dumm. Die Leute haben winzige Einnahmen, eine kleine saubere Wohnung und leben recht und schlecht. Ihr Dasein wird verschönt durch die Freude an ihrem munteren, netten Jungen, dem einzigen, der ihrer Ehe entsproß.

Da kommt das Unglück in Gestalt eines zweiten Kindes, das imbezill — ein Idiot — ist. Dies Kind hat einen phänomenalen Körper von athletischen Formen, so eine richtige Heldenbrust, es ist auch ganz hübsch und appetitlich, aber es ist eben ein Trottel. Es gibt auch nicht die geringste Aeußerung erwachender Vernunft von sich. Dabei sind seine braunen Augen so schön. Es guckt aber nie die Mutter an, so sehr die auch bettelt, sondern nur immer krampfhaft leicht schielend zur Decke. Stundenlang plärrt und knört das Kind, es schreit und wimmert, als ob es Schmerzen hätte. Der Arzt — die Aerzte — finden nichts, nur: es ist eben ein Trottel. Der Hausarzt als Vertrauensmann der Familie ließ nichts unversucht. Sogar die Ausgaben einer Reise zur nächsten Universitätsklinik wurden von den Eltern willig getragen. Das Kind war und blieb imbezill.

Jetzt war es nun zwei Jahre alt geworden, zu machen war nicht mehr viel, aber trotzdem ging der Arzt alle paar Wochen mal zu den Leuten hin, um die Eltern zu schützen. Da staunen Sie? Eltern schützen? — Die sind doch gar nicht krank! O doch! Die Leute sind nämlich schon erheblich gemütskrank, und das ist immer gefährlich.

Die Mutter ist schließlich nahezu ruhelos geworden. Nicht nur, weil das Kind soviel Pflege braucht und gar nicht weiterkommt, sondern weil sie Tag und Nacht von dem Gedanken zermürbt wird: was wird mit dem Kinde werden? — So lächerlich es für jeden Mann klingen mag, es ist doch wahr: die Frau hängt an dem Kinde. Sie pflegt es auch tadellos. Der Vater ist schon etwas anders eingestellt, energischer, logischer, männlicher.

Nun leben die Leutchen in einer Mietskaserne, und da ist natürlich alles miteinander verzankt. Da hat die Frau Drucker neulich dem Arzt schon angedeutet, das wäre eine Gemeinheit von der Nachbarin, der Riemern, die hätte ihr neulich die Ehre abgeschnitten und behauptet, der kleine Walter, so hieß der Idiot, hätte es schlecht. Das Kind weine oft stundenlang und würde geschlagen, und das sei eine gemeine Lüge! Der liebe Gott solle sie strafen, sie, die Mutter, wenn das Kind auch nur einen Schlag bekommen hätte. Im Gegenteil, sie hätte das Kind von Herzen lieb und sei krank vor Mitleid mit dem Jungen und der Vater täte dem Kinde doch auch nichts, der wäre viel zu ruhig und vernünftig dazu und hätte es im Grunde auch lieb und bedaure es, aber er rede nur nicht viel, das sei so seine Art.

Welche Gefahrenquelle! So, wie man heute mit Aussage und Eid umgeht, braucht dem Kinde nur was zu passieren, vielleicht eine natürliche Krankheit oder ein Fall aus dem Wagen oder Korb, dann sitzen die Leute schnell bis über den Hals in der Tinte. Die Anzeige ist schnell fertig und lautet gleich auf „Mord“. Das liegt immerhin im Bereiche der Möglichkeit, und wenn man alle Eventualitäten bedenkt, kann es leicht zu so Schrecklichem kommen.

Eines Tages kommt der Vater sehr aufgeregt: „Herr Doktor mit dem Kinde muß etwas geschehen, das Kind muß irgendwie beiseite gebracht werden.“ Das sagt dieser pflichtgetreue, religiöse, anständige Mensch wörtlich. Ein intelligenter, ein unbestrafter und sonst gar nicht verbrecherisch veranlagter Mann.

„Um Gottes willen, bester Herr Drucker, sagen Sie das nicht laut“, warnt der Arzt, „so etwas darf man nicht einmal denken. Es besteht nicht die geringste Berechtigung, das Kind ins Jenseits zu befördern.“ Er: „Aber, Herr Doktor, den Aerzten muß doch so etwas erlaubt sein, das hat doch gar keinen Zweck, daß wir das Kind bloß für die Idiotenanstalt großziehen. Das können wir nicht bezahlen mit unserem kleinem Einkommen. Man würde es sich ja abdarben, wenn es Zweck hätte, aber es ist ganz blödsinnig; denn das Kind ist doch nur zu bedauern.“ Der Arzt: „Um Gottes willen, Herr Drucker, seien Sie bloß vorsichtig.“ Er: „Das sage ich ja auch nur Ihnen, weil ich Ihnen blind vertraue.“ Der Arzt: „Das ist sehr nett von Ihnen, aber wenn Ihre Frau nun einmal so etwas ähnliches sagt, um Himmels willen, und wenn dann dem Kinde mal etwas passiert . . . , na, Herr Drucker, ich werde mich nach wie vor um das Kind kümmern, damit ich wenigstens mit gutem Gewissen, wenn ich gefragt werde, sagen kann: ‚Ich bin oft unvermutet zu den Leuten ins Haus gekommen und immer wurde das Kind gut gepflegt‘, und dann, lieber Drucker, will ich Ihnen noch was erzählen:

Es gab da im grauen Altertum ein Griechenvolk, die Spartaner. Die züchteten sich, zielbewußt und unerbittlich streng, Geschlechter von höchster geistiger und körperlicher Gesundheit. Wurde da ein Kind geboren, das ihnen nicht lebenswert erschien, dann wurde das Kind einfach einen Abhang hinuntergeschmettert, einen Abhang, an den felsigen Ufern des kleinen Eurotasflusses, an dem Sparta lag.

Das wissen alle Gebildeten, und wenn den Knaben und Mädchen in der Schulstunde von diesem Eurotasfelsen erzählt wird, dann kriecht ihnen eine leichte Gänsehaut über den Rücken. Dabei spricht aus den Worten der Lehrer meistens nicht einmal eine absprechende Kritik. Der grausige Eurotasfelsen bedeutet eben schließlich keine absolute Barbarei, obwohl die Art der Vernichtung dieses lebensunwerten Lebens grausam war. Im Grunde lag darin viel mehr Humanität als wie sie unsere Zeit aufbringt, die nach außenhin von Humanitätsdusel trieft, sonst aber an Brutalität von keinem Zeitalter übertroffen wird.“

(Fortsetzung folgt.)

Waldenburger Bergland

Hochkonjunktur bei der Klassenjustiz

Vor einem neuen Landfriedensbruchsprozeß — Auch Reichstagsabgeordneter Pohle von der SPD. angeklagt

Striegau. „Mag auch auf allen Gebieten Flaute herrschen, bei der Polizei und bei der Justiz herrscht Hochkonjunktur. Es hat manchmal den Anschein, als ob die ganze Justizmaschinerie so eine Art laufendes Band darstellen würde. Kaum ist ein Prozeß gegen Arbeiter zu Ende, da steht der andere schon wieder auf der Tagesordnung. Es ist zwar ein wenig erhebendes Gefühl, daß wir es mit „Gottes und SPD. Hilfe" in der Hindenburg-Republik wenigstens so weit gebracht haben, daß die Justizmaschine nicht rostig wird, aber die Herren von der sogenannten „Rechts"pflege machen sich nicht viel daraus. Für sie ist und bleibt die Hauptsache, wenn ihr Apparat nur fleißig funktioniert.

In Görlitz hat man erst vorige Woche 26 Arbeiter verurteilt, am Tage darauf in Münsterberg, dann in Wohlau, und man steht auch für die Striegauer Arbeiter wieder ein Landfriedensbruchprozeß vor der Türe. Am 23. August fand in Striegau eine Nazisten-Versammlung statt. Daß diese Versammlungen alle ohne Ausnahme ausgenutzt wurden, die klassenbewußten Arbeiter zu provozieren, ist bekannt. Aber noch fast nie hat man gehört, daß gegen diese Provokateure von der Justiz etwas unternommen worden wäre. Anders, wenn die Arbeiter sich zur Wehr setzen. So war es auch in dieser Versammlung. Die Arbeiterschaft ließ sich die Provokationen nicht gefallen. Sie erzwang sich in durchaus berechtigter Weise das Recht zum Reden und daraus entwickelte sich dann wie gewöhnlich alles weitere, was die Justiz zum Anlaß nimmt, ihrem Notariat „Beschäftigung" zu beschaffen. Sechs Angeklagte werden sich daher demnächst vor dem Gericht im „Schlesischen Potsdam" in Schweidnitz zu verantworten haben. Darunter befindet sich auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Pohl aus Striegau. Obwohl schon aus der Tatsache, daß erst jetzt, nach länger als sechs Monaten, die Anklage erhoben wird, zur Genüge hervorgeht, wie windig es um die „Anklage" bestellt sein muß, werden die schwarzen Talarträger nichts unversucht lassen, um zu beweisen, daß die Hochkonjunktur bei der Justiz gut fundiert ist.

Auf diese Hochkonjunktur der Klassenjustiz kann es als Antwort für die Arbeiter nur eines geben:

Schaffen wir eine Hochkonjunktur für die Rote Hilfe und die KPD.

Sportergebnis Nieder-Salzbrunn

Eiche I gegen Dittersbach I

Auf hiesigem Platze standen sich obengenannte Mannschaften zum fälligen Serienspiel gegenüber. Mit dem Anstoß von Dittersbach entwickelt sich ein abwechslungsvolles und scharfes Spiel. Schon in der zehnten Minute kann Dittersbach in Führung gehen, aber gleich darauf kann Eiche den Gleichstand herstellen, und fünfzehn Minuten später durch Elsmeier in Führung gehen. Schöne Durchbrüche werden von beiden Seiten gemacht, und kurz vor Halbzeit war es Dittersbach möglich, noch weitere zwei Tore zu erzielen. Mit dem Resultat 3:2 gingen die Mannschaften in die Halbzeit. In der zweiten Spielhälfte rechnete man mit einer hohen Niederlage von Eiche, aber die Zuschauer wurden aufs angenehmste enttäuscht, gab doch die Eiche-Mannschaft ihr ganzes Können her. Um so mehr ist dies zu schätzen, da sie mit drei Mann Ersatz spielte. Es machte sich eine Ueberlegenheit von Dittersbach bemerkbar, die aber nichts Zählbares erreichen konnten. Mit dem Schlußpfiff des Schiedsrichters (Lisson-Waldenburg), der dem Spiel ein gerechter Leiter war, trennten sich die Mannschaften mit dem genannten Resultat. — Vorher spielten mit den gleichen Mannschaften die Jugend und die zweite Mannschaft, und auch hier konnte Dittersbach mit 3:2 als Sieger hervorgehen.

Zum Schluß möchten wir den Platzordnern von Eiche empfehlen, etwas mehr ihres Amtes bewußt zu sein, damit die Zurufe, welche nur störend wirken, wie bei diesem Spiel, durch die Dittersbacher Schlachtenbummler unterbunden werden.

Freiburg

Stern-Zirlau — Ring-Sandberg 2:5 (1:1)

300 Zuschauer waren Zeuge eines Kampfes, der Ring vollkommen berechtigt als Sieger sah. Andererseits dürfte jegliche Hoffnung der Zirlauer, weiter den Anschluß an die Spitzengruppe zu behalten, endgültig durch diese Niederlage dahin sein. Sandberg war auf allen Posten gut besetzt. Vom Anstoß weg drängten sie die Zirlauer in ihre Spielhälfte, kamen aber nur zu einem Erfolge, dem Stern kurz vor Seitenwechsel durch einen Hand-Elfmeter den Ausgleich entgegensetzte. Nach der Halbzeit erzielte Ring auf Grund guter Stürmerleistungen noch vier Erfolge, während Stern mit schwachen Stürmerleistungen nur noch ein Tor unterbringen konnte. Der Gang des Spieles war in den letzten 20 Minuten nur verteilter, unnötige harte Spielweise trat zu Tage, so daß der amtierende Schiedsrichter Wurke-Waldenburg Mühe hatte, es in den Grenzen des Erlaubten zu halten.

Schweidnitz

Die Quittung für den Verrat

Landarbeiter-Ohrfeigen den DLV.-Bonzen!

Groß-Merzdorf. Am vergangenen Dienstag sprach der sattsam bekannte DLV.-Sekretär Hilbrich in einer öffentlichen Landarbeiterversammlung des DLV. in Stäubchen-Groß-Merzdorf. Zu der Versammlung waren überwiegend Landarbeiter und Landarbeiterinnen erschienen, die Mitglieder der RGO. sind. Auf Grund dessen mußte der lange Gustav nicht wie sonst nur Kommunistenhetze betreiben, sondern erzählte dafür von den Errungenschaften der Revolution. Aus er schließlich von den Landarbeitern in der Aussprache über den letzten Lohnabbau und den Verrat des DLV. sowie über die Lügenberichte der Landarbeiter-Zeitung zur Rechenschaft gezogen wurde, hetzte er gegen die RGO. Das wurde den Landarbeitern zuviel und Freund Hilbrich bezog Prügel, wie er sie in seinem Leben noch nie bekommen hatte. Besonders die Landarbeiterinnen gaben ihrer Erbitterung nicht gerade zärtlich Ausdruck. Bei uns hat der DLV. keinen Blumentopf mehr zu gewinnen.

So erfreulich es ist, daß die Landproleten auf den Schwindel der verräterischen Bonzen nicht mehr hereinfallen, so notwendig ist es jedoch, daß sie erkennen, daß ihnen mit den Ohrfeigen für den Bonzen nicht gedient ist. Die Konsequenzen aus dem Verrat der DLV.-Bürokraten ziehen, bedeutet vor allen Dingen, alle Landproleten zum aktiven Kampf mobilisieren. Die Gründung des roten Landarbeiterverbandes steht vor der Tür. Für ihn jetzt alle Kräfte einsetzen durch regste Sammlung von Unterschriften für den Beitritt, das wird die Bonzen des DLV. ganz anders treffen als ein Paar Ohrfeigen, so wohlverdient sie auch sein mögen.

Die gute Organisierung unserer Landarbeiter in der RGO. sowie die Kampfentschlossenheit, gegen jeden Lohnabbau sofort in Streik zu treten, drückt sich dadurch aus, daß es hier die Junker nicht gewagt haben, den Lohnabbau durchzuführen, ja sogar auf einem Gut (Seiferkau) etwas zugelegt haben.

Noch weiter so, Landproleten von Groß-Merzdorf und Umgegend! Trotz Hilbrich, Heide und Hornig! Vorwärts zu neuen Siegen unter Führung der RGO.!

Liebau

Sträflingsarbeit bei Hungerlohn

Durch den Windbruch wurde es notwendig, fliegende Gatter auf Feldern aufzustellen, um das Holz zu schneiden. Eine auswärtige Firma hatte die Arbeit übernommen und sich einige Stammleute mitgebracht, welche den Hungerlohn von 58 Pfg. erhalten. Als „Vorgesetzte" sind dort folgende Antreiber tätig: ein gewisser Herbst und Lauterbach. Als einige hiesige Erwerbslose bei diesen um Arbeit anfragten, erklärten diese, erstens vor 3 Wochen ist nichts, zweitens kommen nur Wohlfahrtsempfänger mit 3 bis 4 Kindern dran. Auf dieses wandten sich verschiedene an das Wohlfahrtsamt und erhielten vom Arbeitsamt den Bescheid, vorläufig sei nichts. Der Wohlfahrtsempfänger Josef Taube wandte sich an den „Vorgesetzten" Herbst, der schickte ihn zum anderen „Vorgesetzten" Lauterbach. Dieser erklärte, vorläufig sei nichts zu machen; trotzdem wurden noch am selben Tage 5 bis 6 hiesige eingestellt, meistens mit einem Kind oder Ledige. Die Firma scheint eine richtige Ausbeuterfirma zu sein. Achtstundentag kennt sie nicht. Es wird 9 Stunden pro Tag gearbeitet. Obwohl sie schon den Stammleuten nur 58 Pfg. bezahlt, will sie den hiesigen gar nur 50 Pfg. pro Stunde zahlen. Wo bleibt hier die richtige Arbeitsvermittlung? Arbeiter, an euch wird es liegen, hier Wandel zu schaffen, indem ihr eintretet in die RGO. und unter Führung der KPD. den Kampf aufnehmt.

Liebau

Großer Sacharinschmuggel aufgedeckt

In einem Nachbarorte des tschechoslowakischen Grenzgebietes wurde ein umfangreicher Sacharinschmuggel aufgedeckt. Der Nachtwächter einer Fabrik war kürzlich wegen Diebstahls entlassen worden. Aus Rache darüber hat er einen Direktor der Fabrik des Sacharinschmuggels verdächtigt und Anzeige bei der zuständigen Behörde erstattet. Die Schmuggelei ging in folgender Weise vor sich: In mit Heringen beladenen Eisenbahnwaggons, die von einer Firma in Hamburg bezogen wurden, lagerten größere Mengen von Sacharin unter den Fischen verborgen, so daß die Grenzkontrolle hinters Licht geführt wurde. Der Hauptschuldige wurde in Haft genommen. Da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, können weitere Mitteilungen vorläufig nicht gemacht werden.

Bolkenhain

Und das nennt die SPD. Kampf

Unsere Leser wissen, in welcher Weise sich die Tintenfische der „Bergwacht" ereifern können, wenn es darum geht, gegen die ††† Kommunisten oder die Sowjetunion zu hetzen. In Riesenbalkenschriften wird da losgelegt, wie wir das erst am Sonnabend unseren Lesern gezeigt. Aber wenn es gilt, auch nur in der allerbescheidensten Weise für die Arbeiter einzutreten, da kann man nicht nur zahm sein, nein, da kann man sogar hündisch betteln, anstatt zu fordern, wie es in einem solchen Falle notwendig war. Dafür folgende kleine, aber so aufschlußreiche Notiz aus der „Bergwacht":

„**Merzdorf.** Bitte etwas mehr Rücksicht! Von der Arbeitsamtsnebenstelle Bolkenhain wurden dieser Tage Arbeitslose ins Ruhbanker und Einsiedler-Forstrevier zum Holzfällen geschickt. Als die Leute fast einen halben Tag im Revier herumgelaufen waren, wurden sie von dem Unternehmer mit dem Bemerken nach Hause geschickt, daß er Leute ohne das Arbeitsamt bekomme. Wir sind der Meinung, daß sich das Arbeitsamt oder dessen Nebenstelle besser darüber orientieren muß, wo Arbeitsstellen vorhanden sind. Es geht nicht an, daß man Arbeitslose einen halben Tag mit der Hoffnung auf Arbeit hin- und herlaufen läßt, damit sie dann mit einer unfreundlichen Bemerkung nach Hause geschickt werden."

*

„Bitte etwas mehr Rücksicht!" Wie vornehm das klingt. Kein Wort der Kritik an dieser schamlosen Behandlung der Erwerbslosen, sondern nur um etwas mehr Rücksicht wird gebeten. Und so was nennt sich Arbeiterzeitung. Pfui Teufel!

Niederschlesien

Der Rothenburger Kreistag

Kreisetat angenommen / Keine Verbesserungen der Unterstützung für Erwerbslose, Ausgesteuerte und sonstige Bedürftige

Zu Punkt 1 sind in einigen Bezirken Schiedsmänner und Stellvertreter zu bestellen. Bürgerliche und Sozialdemokraten knobeln die Verteilung dieser Posten unter sich aus. Die Vorschläge unseres Genossen finden keine Berücksichtigung.

Beim Punkt 2, Wahl der Vertrauensmänner zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen, will man es genau so machen wie bei Punkt 1. Genosse Hermann erhebt Einspruch, dadurch muß der nächste Kreistag nach dem Verhältniswahlsystem die Vertrauensmänner wählen.

Viel Diskussion rief die Schaffung einer Kreissparkasse hervor. Die Gemeindevorsteher und Bürgermeister der größeren Orte des Kreises und Besprechungen im Kreise hatten sich gegen diese geplante Einrichtung ausgesprochen, und siehe da, im Kreistag fielen alle die Herren um und stimmten der Errichtung einer Kreissparkasse zu. Viel Lärm um nichts.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der Haushaltsplan und die Festsetzung der Steuerzuschläge für das Jahr 1931. Wesentliche Veränderungen sind nicht eingetreten. Viel vom Sparen wurde gesprochen. Außer Kleinigkeiten wird man beim Wohlfahrtsetat zu sparen versuchen, wie man aus den Ausführungen des Landrats heraushören konnte, weil vom Reich nicht mehr zu bekommen sei. 180 000 Mark ungedeckter Fehlbetrag ist vorhanden.

Genosse Hermann ging auf die einzelnen Etatkapitel ein und lehnte den Gesamtetat ab. Außer ihm waren noch zwei Bürgerliche dagegen. Den Antrag der kommunistischen Fraktion, der Landrat möge sich für die Freilassung des Kreistagsabgeordneten Genossen Balzer verwenden, ebenso für den Genossen Thomas-Weißwasser, beantwortete der Landrat dahin, daß die Staatsanwaltschaft ein solches Ansinnen ablehne.

Ein zweiter Antrag unserer Genossen ging dahin, die Verordnung, die der Gewerkschaftsbonze Wußmann in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Landrats erlassen hat, wonach Tische und Stühle mit Bindfaden bei Versammlungen anzubinden sind und keinerlei Getränke während der Versammlungen verkauft werden dürfen, aufzuheben. Diese Verordnung, die wohl in ganz Deutschland einzig dasteht, sollte den Kampf des Herrn Wußmann gegen den Faschismus darstellen. Die Auswirkung war die, daß unsere Partei im Kreise keine Versammlungslokale bekommen kann für öffentliche Versammlungen. Der Landrat erklärte, der Kreistag könne die Aufhebung der Verordnung nicht beschließen, es sei Polizeisache.

Ein weiterer Antrag der Bürgerlichen lag vor. Die Spesensätze für die Kreistagsabgeordneten sollen herabgesetzt werden. Das klingt bald wie die Anträge der Nazis im Reichstage. Die Bürgerlichen haben für die Sitzung die Spesen aber mit nach Hause genommen, sie haben sie nicht zurückgewiesen zugunsten der Erwerbslosen.

Liegnitz

Proletarischer Schulkampf!

A. K. Arbeitereltern! Die Zeit ist nun wieder da, wo ihr eure Kleinsten der preußischen Erziehung übergebt. Was bringt unseren Kindern das heutige Erziehungssystem? Zu 50 und mehr sitzen sie zusammengepfercht in dumpfen Klassenräumen. Durch die ungeheure Arbeitslosigkeit, welche ja nur die Aermsten betrifft, haben die Kinder zu Hause schon am meisten zu leiden. Die Eltern können ihnen weder genügende Nahrung noch Kleidung geben. Das Elternhaus, welches nach der christlichen, kapitalistischen Weltanschauung für die Kinder alles bedeuten soll, gibt ihnen jedoch nur Not, Elend und Verdruß. Unterernährt, mit den Keimen der gefährlichsten Krankheiten behaftet, werden diese armen Geschöpfe nun dem preußischen Erziehungsdrill ausgeliefert. 1400 Stunden lang müssen sie Glaubenssätze auswendig lernen, um demütig zu werden. 1400 Stunden lang tötet man das freie, frische Denken eurer Kinder durch Eindrillen von Bibelsprüchen und Versen, die sie nicht verstehen.

Warum, Arbeitereltern? Damit sie nach der Schulzeit willige Geschöpfe sind, diese gottgewollten Zustände dieser kapitalistischen Republik stützen und schützen.

Oft taucht die Frage auf: In welche Schule schicken wir unsere Kinder? In die Volksschule oder in die Weltliche Schule? Welchen Segen die Volksschule über eure Kinder verbreitet, habt ihr an euch selbst erlebt. Was ist die Weltliche Schule? Arbeitereltern! Auch hier besteht nur der Unterschied, daß man die Religionsstunden vom Lehrplan gestrichen hat, im übrigen werden eure Kinder von sozialdemokratischen und auch christlichen Lehrern zu willigen Schäflein des heutigen Systems erzogen. (Siehe Verfassungsrummel!)

Was will der proletarische Schulkampf? Er tritt ein für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens auf der Grundlage der proletarischen Arbeitsschule (Produktionsschule). Für die Schaffung hygienischer und sozialer Erfordernisse des Unterrichts. Unentgeltliche Schulspeisung, Lieferung von Bekleidung, Ausbau des Schularztwesens, Schaffung von Schul- und Ferienheimen auf Staatskosten, Badeeinrichtungen, Waschgelegenheiten, für die Durchführung der notwendigen Schulbauten und Umbauten. Gegen jede Prügelerziehung. Für unentgeltliche Lieferung aller erforderlichen Lern- und Lehrmittel. Für den Ausbau der Rechte der Elternräte.

Arbeitereltern! Eure Kinder sind eure Zukunft! Kämpft mit dem proletarischen Schulkampf für euer Recht!

Sagan

Ein Landarbeiter-Ausbeuter abgeblitzt

Herr Winkler in Halbau wurde vor dem Arbeitsgericht in Sagan von drei seiner Landarbeiter wegen Schadenersatz, Wiedereinstellung und Ausstellung einer ordnungsmäßigen Entlassungsbescheinigung verklagt. Diese Firma hatte alle drei wegen angeblicher Arbeitsverweigerung fristlos entlassen. Da diese drei sich nach Meinung des Herrn Winkler mit einer Mittagspause von einer halben Stunde begnügen können, benutzte er diesen Grund zur Entlassung und glaubte nunmehr, ihnen eins ausgewischt zu haben, da sie auf Grund der fristlosen Entlassung vom Arbeitsamt 6 Wochen Sperrfrist bekamen. Herr Winkler hatte sich aber gewaltig geirrt. Er kann froh sein, daß er so glimpflich mit dem zustandegekommenen Vergleich in Höhe von pro Mann 50 Mark und Ausstellung einer neuen Entlassungsbescheinigung davongekommen ist. Genosse Geppert vertrat die Klagenden und verstand es, die den Arbeitern im Landarbeitertarif gesicherten bescheidenen Rechte vor dem Arbeitsgericht so zu verteidigen, daß Herr Winkler nicht auf seine Rechnung kam. Der Vertreter der Firma (Kollwitz vom Landbund) nahm das Urteil unter Vorbehalt an und erbat sich eine Bedenkzeit von drei Tagen. Inzwischen hat auch Winkler sich mit dem Vergleich abgefunden. Trotzdem versucht der Zahlstellenleiter Stein vom Arbeitsamt in Freiwaldau, die Zahlung der Unterstützung noch einzubehalten. Dagegen müssen sich nun die Kollegen selbst energisch zur Wehr setzen und gleichzeitig Beschwerde beim Spruchausschuß des Arbeitsamtes einlegen.

Görlitz

Ausschreibung der Görlitzer Oberbürgermeisterstelle zum 1. Juli

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am Freitag spät abends die durch den Tod Dr. Wiesners freigewordene Stelle des Görlitzer Oberbürgermeisters auszuschreiben. Die Neubesetzung soll möglichst am 1. Juli d. J. erfolgen.

Hirschberg

Wieder ein Opfer der Weißenberg-Sekte

In einem Wahnsinnsanfall versuchte der Maurer Jenitscheck in Antonienwald, ein Anhänger der Weißenberg-Sekte, sich den Hals zu durchschneiden. Ein hinzukommender Nachbar konnte ihm das Messer entreißen, jedoch hatte Jenitscheck sich bereits so schwere Verletzungen beigebracht, daß er sofort ins Krankenhaus in Warmbrunn übergeführt werden mußte. Von dort wurde er der Nervenheilanstalt in Plagwitz überwiesen.

Das muß jeder wissen

SPD.-Abstimmungen gegen die Arbeiterklasse

Die SPD. als Stütze der Brüning-Diktatur

Am 6. Dezember 1930 stimmten die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 371) auf Aufhebung der Artikel-48-Notverordnungen der Brüning-Diktatur betr. Ledigensteuer, Kopfsteuer, Gemeindegetränkesteuer, Abbau der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Krankenversicherung, Abbau der Kriegsopferversorgung, Krankenschein- und Rezeptgebühr.

Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten für den Gesamtetat der Brüning-Regierung und lehnten einen Mißtrauensantrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1002) der Kommunisten gegen die Reichsregierung Brüning ab.

SPD. für Demonstrationsverbot am 1. Mai

Am 25. März 1931 stand im Reichstag der kommunistische Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 994) auf Aufhebung der Demonstrationsverbote am 1. Mai zur Abstimmung. Die Sozialdemokraten stimmten gegen diesen Antrag.

SPD. gegen Arbeitsruhe am 1. Mai

Am 25. März 1931 wurde im Reichstag über den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 998), den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, abgestimmt. Die Sozialdemokraten lehnten diesen Antrag ab, indem sie Ausschußüberweisung beantragten, obgleich der Reichstag auf 6½ Monate vertagt wurde.

SPD. für Technische Nothilfe

Am 6. März 1931 stand der kommunistische Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 855) auf Streichung der Ausgaben in Höhe von 1 120 000 Mark für die Technische Nothilfe zur Abstimmung. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

SPD. für Abbau der Invalidenversicherung

Die Brüning-Regierung hat in diesem Jahr die Zuschüsse für die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen Mark gekürzt. Die Kommunisten beantragten, die alte Summe wieder einzusetzen. Hierüber wurde am 17. März 1931 abgestimmt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Antrag. (Reichstagsdrucksache Nr. 898.)

SPD. gegen Familienwochenhilfe

Die Brüning-Regierung hat in diesem Jahre die letzten 15 Millionen für die Familienwochenhilfe gestrichen. Die Kommunisten verlangten in einem Eventualantrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), diese Summe wieder einzusetzen. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 im Reichstag dagegen.

SPD. gegen Wohnungsbau

Die Brüning-Regierung hat die im Etat vorgesehenen Mittel von etwa 100 Millionen zum Wohnungsbau erheblich gestrichen. Die Kommunisten beantragten (Reichstagsdrucksache Nr. 1000) daher, die Zuschüsse des Reiches zum Wohnungsbau wieder einzusetzen. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 dagegen.

SPD. gegen Kinderspeisung

Die Brüning-Regierung hat die letzte Million für die Kinderspeisung gestrichen. Die Kommunisten beantragten (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), für diesen Zweck 6 Millionen neu einzusetzen. Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten dagegen. Sie beantragten, nur 3 Millionen zu bewilligen.

SPD. für Abbau der Arbeitslosenversicherung

Die Brüning-Regierung hat im vorliegenden Etat keinerlei Zuschüsse an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingesetzt. Die Kommunisten beantragten (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), um einen weiteren Abbau der Unterstützungssätze zu verhindern, die Einsetzung von 500 Millionen Mark für diese Zwecke. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 dagegen.

SPD. gegen Ausdehnung der Krisenfürsorge

Die Kommunisten beantragten, die Krisenfürsorge auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auszudehnen und verlangten dementsprechend in einem Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1000), die Summe für Krisenfürsorge für Arbeitslose im Etat von 400 auf 800 Millionen zu erhöhen. Die Sozialdemokraten stimmten am 25. März 1931 dagegen.

SPD. gegen Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich

Die Kommunisten hatten im Reichstag eine Entschließung (Reichstagsdrucksache Nr. 900) eingebracht, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die tägliche Maximalarbeitszeit auf 7 Stunden, und auf 40 Stunden pro Woche, bei vollem Lohnausgleich, festgesetzt wird. In der Sitzung vom 17. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten gegen diese Entschließung.

SPD. gegen Millionärsteuer

Am 23. März 1931 stand der kommunistische Gesetzentwurf (Reichstagsdrucksache Nr. 962) zur Besteuerung der Vermögen über 500 000 Mark, der Dividenden, Aufsichtsratstantiemen und Einkommen über 50 000 Mark zur Abstimmung. Obgleich dieser Gesetzentwurf im selben Wortlaut am 9. Dezember 1930 die Zustimmung der Sozialdemokraten gefunden hatte, stimmten diesmal die Sozialdemokraten geschlossen dagegen.

SPD. für Kürzung der Ausgaben für Kriegsbeschädigte

Die Brüning-Regierung hat in diesem Etat weitere 100 Millionen an den Versorgungsausgaben für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene gestrichen. Die Kommunisten verlangten in einem Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1000) die erneute Einsetzung der gestrichenen Summen in den Etat. Am 25. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten dagegen.

SPD. für den § 218

Der kommunistische Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 266) auf Aufhebung des Mordparagraphen 218 stand am 25. März 1931 zur Abstimmung. Die Sozialdemokraten lehnten diesen Antrag ab und beantragten zusammen mit dem Zentrum Ausschußüberweisung, obgleich der sozialpolitische Ausschuß über sieben Monate lang überhaupt nicht zusammentritt.

SPD. für Wucherzölle

Die Sozialdemokraten stimmten in der Sitzung vom 26. März 1931 dem Ermächtigungsgesetz für den Reichsernährungsminister Schiele zu. Dieses Gesetz sieht vor, daß der Junkerminister Schiele eigenmächtig die Höhe der Zollsätze bestimmt.

SPD. für Zensurgesetze

In der Sitzung vom 6. März 1931 stimmten die Sozialdemokraten gegen die kommunistischen Anträge (Reichstagsdrucksache Nr. 855, 877, berichtigt) auf Streichung der Ausgaben für die Filmoberprüfstelle Berlin und der übrigen Filmprüfstellen, sowie gegen die kommunistischen Anträge auf Streichung der Ausgaben für das Schund- und Schmutzgesetz. In der gleichen Sitzung stimmten die Sozialdemokraten gegen den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbots des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues".

SPD. für Panzerkreuzer B

In der Reichstagssitzung vom 25. März wurde über den kommunistischen Antrag (Reichstagsdrucksache Nr. 1001) auf Streichung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B (Gesamtsumme 10 830 000 M.) abgestimmt. Die Sozialdemokraten stimmten gegen den kommunistischen Streichungsantrag.

SPD. für den Bau der ganzen Panzerkreuzerserie

Im gegenwärtigen Reichswehretat ist der Ergänzungsbauplan für Kriegsschiffe (Panzerschiffe, Kreuzer, Zerstörer und Torpedoboote) enthalten. Der Gesamtbauplan umfaßt nach vorläufig geschätzten Ausgaben die Summe von ¾ Milliarden Mark. Die Kommunisten verlangten (Reichstagsdrucksache Nr. 1001) Streichung dieses Bauplans. Die Sozialdemokraten stimmten in der Sitzung vom 25. März 1931 gegen den kommunistischen Antrag.

SPD. für Groener, Schiele, Treviranus und Stegerwald

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmte

am 20. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Groener	(Nr. 958)
am 3. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Schiele	(Nr. 824)
am 25. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Treviranus	(Nr. 1002)
am 17. März gegen den Mißtrauensantrag gegen Stegerwald	(Nr. 926)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sprach dadurch ausdrücklich Groener, Schiele, Treviranus und Stegerwald das Vertrauen aus.

SPD. gegen Einstellung der Polizeigelder für Frick's und Franzen's Polizei

Am 6. März stimmten die Sozialdemokraten im Reichstag gegen den Antrag der Kommunisten (Nr. 855), die Polizeikostenzuschüsse des Reichstages für die Polizei der Länder Thüringen und Braunschweig einzustellen.

SPD. für den riesigen Heeres- und Marineetat

Am 20. März stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für den Heeres- und Marineetat in der Höhe von über 750 Millionen und beanragten nicht einen Pfennig daran zu streichen.

SPD. für den neuen 600 Millionenraub am Sozialetat

Am 25. März stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausdrücklich den ungeheuren Kürzungen am Sozialetat von 600 Millionen für Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Invaliden, Wöchnerinnen und Mieter zu.

Diese Uebersicht der Abstimmungen im Reichstage ist entnommen dem **„Roten Wähler"**, dem ausgezeichneten Monatsorgan der kommunistischen Reichstagsfraktion, das zum Preise von **10 Pfennig** durch alle Literaturobleute, Fraktionen, Zeitungsboten und durch die Post erhältlich ist.

Verboten, verboten, verboten...!

Eine tolle Blüte des preußischen Polizeisozialismus

In der nachstehenden „Kleinen Anfrage" der kommunistischen Fraktion des preußischen Landtages geben wir der Oeffentlichkeit ein Dokument zur Kenntnis, das wert ist, einer staunenden Nachwelt erhalten zu bleiben als Sinnbild polizeisozialistischer „Freiheit" im „fortschrittlichen" Preußen des 13. Jahres nach der Novemberrevolution:

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Kasper, Jendretzky, Golke und der übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunisten:

Welch tolle Blüten di eDurchführu gnder Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 bereits treibt und wie durch unglaubliche Polizeimaßnahmen die politische Betätigung geradezu unmöglich gemacht werden soll, beweist folgender, an die Zeiten finsterster, vormärzlicher Reaktion erinnernder, Ukas:

„Der Ortsgruppe der KPD. Döbern/Niederlausitz wird hierdurch auf Ansuchen vom heutigen Tage unter nachfolgenden Auflagen auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 die Genehmigung zu einem Jugendtreffen, daß nach den Angaben des Herrn Schenk lediglich zum Zwecke des Sichkennenlernens (!) der Mitglieder der verschiedenen Jugendorganisationen stattfindet, am 5. April dieses Jahres am hiesigen Orte erteilt.

Auflagen:

1. Vorträge durch Sprechchöre Reden bzw. Ansprachen haben bei der gesamten Veranstaltung zu unterbleiben.

2. Jegliches Musizieren ist untersagt.

3. Transparente, Plakate, sowie beschriftete Fahnen und Wimpel dürfen weder im Zuge mitgeführt noch im Saale bzw. an sonstigen Orten (!) aufgestellt, ausgehängt oder ausgelegt werden.

4. Flugblätter und Druckschriften jeder Art (!) dürfen nicht verteilt werden.

5. Im Zuge dürfen Lieder nicht gesungen werden; auch muß jegliches Lärmen, Rufen sowie Pfeifen auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen unterbleiben.

Verstöße gegen die gemachten Auflagen haben die Auflösung der gesamten Veranstaltung zur Folge.

Döbern, den 4. April 1931.

Die Polizeiverwaltung.
i. V.: gez. Schütte."

Wir fragen:

1. Billigt das Staatsministerium ein derartiges Vorgehen der genannten Polizeiverwaltung?

2. Was gedenkt es zur Verhinderung solcher offensichtlicher Mißgriffe zu veranlassen?

Berlin, den 11. April 1931.

Kasper
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der Kommunisten.

★

Reden, Singen, Rufen, Pfeifen, Musizieren, gedruckte und gemalte Worte — alles verboten.

Preisfrage: Welcher unserer Leser kann uns verraten, was nach all diesen „Auflagen" noch übrigbleibt, das nicht verboten wurde???

Brünings Brotsteuer

Brotpreiserhöhung in Berlin und im Reich

Seit gestern ist in Berlin der Brotpreis um 2 Pf. auf 48 Pf. erhöht worden. Es wird gleichzeitig angedeutet, daß eine weitere Erhöhung auf 50 Pf. schon in der nächsten Zeit zu erwarten ist.

Diese Verteuerung des wichtigsten Lebensmittels ist eine Folge der Zollpolitik der Brüningregierung. In Holland zum Beispiel kostet erste Qualität Weizen je 100 Kilogramm 8—9 M., während in Deutschland dieselbe Qualität 33—38 M. kostet. Roggen kostet je 100 Kilogramm im Ausland 7—8 M. gegen 21 bis 22 M. in Deutschland. Dieser Preisunterschied, hervorgerufen durch die ungeheuerlichen Wucherzölle, den wir bezahlen müssen, kommt einer indirekten Steuer gleich. So sind in den Monaten März und April durch die letzten Zollmaßnahmen der Brüningregierung die Mehlpreise um weitere 10 Prozent gestiegen. Und schon meldet Herr Schiele neue Zollforderungen an, die in der am Mittwoch zusammentretenden Sitzung der Reichsregierung zur Debatte stehen werden.

Bekanntlich ist infolge Arbeitslosigkeit und Lohnabbau bereits in den vergangenen Monaten der Brotkonsum um 30 Prozent zurückgegangen. Der amtliche Preiswucher, der jetzt zu einer erneuten Verteuerung des Brotes führt, wird zur Folge haben, daß die Brotrationen in den proletarischen Familien noch kleiner werden.

7 Millionen registrierte Arbeitslose in Amerika

Washington, 18. April. Die Zahl der amtlich registrierten Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt nunmehr 7 Millionen. In den Regierungskreisen macht sich angesichts dieser Tatsache erhebliche Beunruhigung bemerkbar. Der Sekretär des Arbeitsamtes kündigt eine Neuorganisation der mit der „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" befaßten amtlichen Stellen an. U. a. werden 48 regionale „Arbeitsbeschaffungsämter" geschaffen werden, die jeweils in sieben Brancheabteilungen gegliedert sind.

Bombenattentat in Delhi

London, 20. April. 24 Stunden, bevor der neue Vizekönig von Indien, der Bombay am Sonntag verlassen hatte, in Delhi eintraf, explodierte dort eine Bombe auf einem Nebengleis in der Nähe des Hauptbahnhofs. Vier Eingeborene wurden verletzt.

Obwohl der Sonderzug auf dem Hauptgleis Bombay-Delhi lief, sind alle „Vorsichtsmaßnahmen" für das Eintreffen des Lords Willingdo verschärft worden.

Im Laboratorium zur Bekämpfung des Bolschewismus

Dr. Brüning: „Ne? Sterben die kommunistischen Bazillen durch den Zusatz der Notverordnung ab?"
Assistent Severing: „Nee, et wer'n immer mehr."

Das Geheimkabinett tritt zusammen

Brünings neues Diktaturprogramm

Der Reichstag ausgeschaltet — Paragraph 48 regiert

Am Donnerstag tritt die Reichsregierung zu ihrer ersten Sitzung nach den Osterferien zusammen. Wie die Presse mitteilt, wird das umfangreiche Programm, das in dieser Sitzung erledigt werden soll, mindestens drei Tage in Anspruch nehmen. Zur Beratung stehen die geplante Notverordnung zur Arbeitslosenfrage, neue Zollerhöhungen — über die es Differenzen in der Regierung gibt — und Maßnahmen der Verwaltungsreform; an außenpolitischen Fragen die deutsch-österreichische Zollunion, die Genfer Tagung des Völkerbundsrates und die Englandreise des Außenministers und des Kanzlers. Jedoch verlautet, daß auch polizeiliche Maßnahmen in Ergänzung der ersten Notverordnung beraten werden sollen.

Diese Sitzung ist der Auftakt für die geplanten neuen Diktaturverordnungen, von denen einige vielleicht noch im Laufe dieses Monats erlassen werden.

Das Blatt Brünings, die Berliner „Germania", gibt in ihrem gestrigen Leitartikel offen zu, daß diese Sitzung die eigentlich jetzt fällige Tagung des Reichstags ersetzen wird. Praktisch maßt sich damit die Regierung gesetzgebende Befugnisse an, die nach dem Wortlaut der Verfassung nur dem Reichstag zustehen. Wir haben es also hier mit einem Bruch der Verfassung zu tun.

Das entspricht dem Kurs Brünings und der Parteien, die durch die Vertagung des Reichstags der Regierung die Vollmacht gegeben haben. Fragen von grundlegender Bedeutung und außerordentlicher Tragweite auch ohne Mitwirkung des Parlaments durch den Artikel 48 zu erledigen. Zu diesen Parteien gehört auch die Sozialdemokratie. Niemals in der modernen Geschichte Deutschlands hat eine Regierung so weitgehende Vollmachten gehabt wie das Geheimkabinett Brünings.

Wer will nach alledem noch bestreiten, daß wir uns in Deutschland bereits in Zuständen befinden, die von der Anwendung offener faschistischer Methoden sich nur noch durch die äußere Kulisse der Demokratie unterscheiden? Die „Germania" sagt offen, daß die lange Pause des Reichstages der Regierung die Möglichkeit gibt, „nicht gehemmt durch eine zügellose Opposition und nicht gestört durch die interessengebundenen Wünsche der Parteien an ihrem Aufbau(?)programm mit aller Energie weiterzuarbeiten". Mit anderen Worten: Da die Regierung für ihre volksfeindliche Politik im Reichstag keine Mehrheit findet, deshalb wurde der Reichstag ausgeschaltet, um ohne Bindungen an das Parlament rücksichtslos und diktatorisch die Wünsche des Finanzkapitals durchführen zu können.

Wo sind unsere Republikaner, wo die „tapferen" Liberalen, die gegen eine solche Vergewaltigung der Demokratie ihre Stimme zum Protest erheben? Sie schweigen und geben damit selbst ihren Bankrott zu.

Aber die Arbeiterschaft schweigt nicht. Sie erkennt aus diesen Vorgängen, daß die Demokratie sich selbst aufgegeben hat und es jetzt darauf ankommt, die Kraft der Millionen Werktätigen gegen das Diktaturregime einzusetzen und nicht eher zu rasten, bis der immer mehr anwachsende Volkssturm sich Anerkennung verschafft und alle Feinde in die Knie zwingt.

Beruhigungspillen und Ablenkungsmanöver

Eine „Beschwerde"aktion der Polizeisozialisten

Gegen den „Mißbrauch" der Diktaturverordnung, mit der sie selbst die Freiheit des Volkes erdrosseln wollen

Vier Wochen erst ist die faschistische Diktaturverordnung in Kraft. Aber diese vier Wochen haben genügt, um in der breitesten Arbeiteröffentlichkeit einen Sturm der Empörung gegen dieses Monstrum tyrannischer Sklaverei zu entfachen, das jede freiheitliche Regung, jede politische Betätigung, jede Aeußerung des proletarischen Klassenkampfes durch schrankenloseste Polizeiwillkür zu erdrosseln sucht.

Um diese Massenempörung, die auch die sozialdemokratischen Arbeiter erfaßt hat, auf ein falsches Gleis zu lenken und zugleich die **eigene verbrecherische Mitschuld** an diesem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse zu verschleiern, ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf einen sehr eigenartigen Dreh verfallen. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat sie bei Wirth, Severing(!) und Otto Braun (!) **„Beschwerde"** gegen die **„mißbräuchliche Auslegung"** der Notverordnung durch „untergeordnete Organe" erhoben, da die Notverordnung „in zahllosen Fällen auch gegen **die Sozialdemokratie** und gegen ihr nahestehende Organisationen angewendet worden" sei und ihre „Anwendung" sich keineswegs, wie die SPD. verlangt habe, auf die „Bekämpfung der **Mordhetze** und der **politischen Ausschreitungen**" beschränke.

Diese „Beschwerde" der SPD.-Reichstagsfraktion ist ein Musterbeispiel sozialfaschistischer Heuchelei. Ist doch lächerlich, sich über den „Mißbrauch" eine Gesetzes zu „beschweren", dem man selbst zugestimmt hat und dessen eigentlicher Zweck es ja ist, der schrankenlosen Polizeiwillkür Tür und Tor zu öffnen. Und weiter:

Warum äußert sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Beispiel nicht zu dem Verbot des Reichsjugendtages, zu dem Verbot der kommunistischen Lustgartendemonstration gegen das Stahlhelm-Volksbegehren, zu der Auseinanderschlagung einer geschlossenen Funktionärkonferenz des KJVD., zu dem Verbot von Mitgliederversammlungen der RGO. usw. durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Grzesinski.

Diese Willkürakte der Polizeisozialisten werden natürlich gebilligt, obwohl es schwer fallen dürfte, sie mit Redensarten über die „Bekämpfung der Mordhetze" zu begründen.

Die werktätigen Massen werden sich durch verlogene Manöver der Polizeisozialisten nicht durch „Beschwerden" über „Mißbräuche" der Diktaturverordnung ablenken lassen von ihrem Kampf gegen die Diktaturverordnung selbst und diejenigen, die sie angeregt, die ihr zugestimmt haben und die sie selbst gegen den Freiheitskampf des werktätigen Volkes anwenden.

Aufstand in Honduras

(TU.) **Neuyork,** 20. April. Nach in Orleans eingetroffenen Nachrichten ist im Norden von Honduras ein Aufstand ausgebrochen und hat sich überraschend schnell bis zur Küste ausgebreitet. Den gut bewaffneten Aufständischen sollen bereits mehrere Städte in die Hände gefallen sein.

Die amerikanischen Marinebehörden haben sofort einen Kreuzer nach Tela beordert, um die „Interessen Amerikas in Honduras zu schützen". Die Entsendung eines Flugzeugmutterschiffes steht bevor.

Die amerikanischen Blätter führen die Aufstandsbewegung auf die furchtbare Arbeitslosigkeit und die elende Lage der Bauernmassen zurück.

Der Aufstand in Honduras dehnt sich weiter aus. Die Städte Ceiba, Progresso und Urico sowie mehrere kleine Orte sind in die Hände der Aufständischen gefallen. An der Nordküste sowie an einzelnen Punkten im Innern des Landes kam es zu Kämpfen.